

Die Globalisierung neu ordnen

Henning Vöpel über die Krise hinter den nationalen Krisen

6

Die EU neu orientieren

Katinka Barysch über die anstehenden Aufgaben

13

Kretschmann kapieren

Rudi Hoogvliet über die Bedingungen eines grünen Erfolgsmodells

33

böll

THEMA

Das Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung
Ausgabe 2, 2016



Die große Verunsicherung

Die Krise der liberalen Moderne

Der besondere Tipp

Buchvorstellung und Diskussion

Inside the Green Economy – Kritik der Grünen Ökonomie

Mo, 19. September 2016, 19–21:30 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Tagungen

Update im Betriebssystem Gute Arbeit und ökologisches Wirtschaften in der digitalen Zukunft

Fr, 14. Oktober 2016, 9:30–15:30 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Für das Recht auf legale Wege Solidarität und Unterstützung für Geflüchtete in Mexiko und Europa

Di, 18. Oktober 2016, 11:30–20:30 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Digitale Transformationen Ökonomische, ökologische und soziale Potenziale des neuen Maschinenzeitalters

Do, 3. November 10–16 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Konferenz

Auch Essen und Trinken ist politisch Jahrestagung UnternehmensGrün e.V.

Fr, 21. Oktober 2016, 9:30–20 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Internationale Workshopkonferenz

Mobilize! Vol.5

Fr–So, 30. September–2. Oktober 2016
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Film und Diskussion

«Viacrucis Migrante» Die Migrant/innenherberge «La 72» in Tenosique, Mexiko

Mo, 17. Oktober 2016, 18:30–21 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Workshop

Grundkurs Energiewirtschaft für Frauen 2-tägiges Seminar mit Fokus auf den Stromsektor

Fr–Sa, 18.–19. November 2016
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Buchvorstellung

Ökoroutine – Damit wir tun, was wir für richtig halten

Di, 4. Oktober 2016, 19–21 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Multimediale Vortragsreihe

Immer in Bewegung? #1

Mobilität zwischen modernem Freiheits-
verständnis und ökologischer Vernunft
Do, 13. Oktober 2016, 19–21 Uhr
Belestage der Heinrich-Böll-Stiftung

Literaturtage

Deutsch-Israelische Literaturtage: Neuland

Mi–So, 2.–6. November
Diverse Orte in Berlin

Publikationen

Iss was?! – Tiere, Fleisch & ich

Ein Buch für Kinder und Jugendliche
Illustriert von Gesine Grotrian
Berlin 2016, 140 Seiten
www.boell.de/de/isswas

Aufklärung ohne Aufsicht? Über die Leistungsfähigkeit der Nachrichten- dienstkontrolle in Deutschland

Eine Studie von Thorsten Wetzling
Berlin 2016, 88 Seiten

Download und Bestellung:
www.boell.de/publikationen

Webdossiers

Es wird eng – Handlungsspielräume für Zivilgesellschaft

www.boell.de/dossier-shrinking-spaces

Flucht und Migration

www.boell.de/de/dossier-flucht-asyl

Privat statt Staat?

www.boell.de/de/bildung-privat-statt-staat

Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft

www.boell.de/ttip

Podcast und Mitschnitte

Fokus Europa

Das Interview-Podcast der Heinrich-Böll-
Stiftung zur Politik, Kultur und der
Gemeinschaft in Europa: <http://fokus-europa.de>

Blogs

US-Wahl 2016: <http://route16.boellblog.org/>
Europa: <http://reconnecting-europe.boellblog.org/>
Russland: <http://russland.boellblog.org/>
Nahost: <http://heinrichvonarabien.boellblog.org/>
Feminismus und Gender: <http://streit-wert.boellblog.org/>

Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung auf Facebook unter www.facebook.com/boellstiftung, sehen Sie Filme und Videos bei YouTube (www.youtube.com/user/boellstiftung), Bilder bei Flickr (www.flickr.com/photos/boellstiftung), hören Sie unsere Audiofiles (www.soundcloud.com/boellstiftung) oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der Stiftung über den Kurznachrichtendienst Twitter unter www.twitter.com/boell_stiftung.

Impressum

Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Schumannstraße 8, 10117 Berlin
T 030–2 85 34–0 **F** 030–2 85 34–109
E thema@boell.de **W** www.boell.de/thema
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

Redaktion

Dieter Rulff

Redaktionsassistentz

Susanne Dittrich

Art Direktion / Gestaltung

State, Berlin
www.s-t-a-t-e.com

Umschlagsfotografie

Klaus Pichler / Agentur Anzenberger

Druck

Druckerei Arnold, Großbeeren

Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m² matt hochweiß,
Recyclingpapier aus 100% Altpapier
Umschlag: Clarosilk, 200g/m²

Bezugsbedingungen

Zu bestellen bei oben genannter Adresse

Die einzelnen Beiträge stehen unter der
Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0
Fotos und Illustrationen wie angezeigt

Editorial

Die große Verunsicherung

Wahrlich, wir leben in stürmischen Zeiten. Wer hätte vorausgesagt, dass die Briten sich per Referendum aus der EU verabschieden, Donald Trump nach dem Weißen Haus greift, der Front National stärkste Partei in Frankreich ist, ein strammer Rechtspopulist gute Chancen im Rennen um die österreichische Präsidentschaft hat und die AFD bundesweit vor den Grünen liegt, während Russland einen Zweifrontenkrieg in der Ukraine und in Syrien führt, in Europa Zäune gegen Flüchtlinge errichtet werden und Erdoğan die Türkei in eine autoritäre Führerdemokratie verwandelt?

Europa ist nicht länger eine Insel der Stabilität in einer unruhigen Großwetterlage. Die politischen Turbulenzen haben inzwischen auch die Kernländer des Westens erfasst. Selbst in Amerika, dem Mutterland der Moderne, revoltieren inzwischen Teile der Bevölkerung gegen den liberalen Grundkonsens der Eliten: Offenheit für Einwanderer/innen, kulturelle Vielfalt, religiöse Toleranz, Freihandel. Nicht die Linke, sondern populistische Demagogen und national-soziale Parteien sammeln die Verunsicherten und Abgehängten, die sich in den etablierten Parteien nicht mehr wiederfinden. Putin-Russland ist das neue Rom einer antiliberalen Internationale, die von ganz rechts bis ganz links reicht.

Jammern hilft nicht und die verächtliche Beschimpfung der Wutbürger/innen noch viel weniger. Wir müssen selbstkritisch prüfen, weshalb die Aufbruchstimmung der 90er Jahre in Furcht und Zorn umgeschlagen ist. Was ist schiefgelaufen mit der Globalisierung, weshalb nimmt die Abstiegsangst zu, wie können Parteien und Parlamente verloren gegangenes Vertrauen zurückerobern und vor allem: Wie gewinnen wir die Zuversicht zurück, dass wir die Dinge gestalten können, statt ihnen ausgeliefert zu sein? Diesen Fragen wollen wir mit dem vorliegenden Heft nachgehen. «Wir schaffen das» war ja die Merkel-Version von Obamas «Yes we can». Die Rhetorik der Zuversicht verpufft allerdings schnell, wenn sie nicht von einer Vertrauen stiftenden Politik unterfüttert wird. ■■■



Ralf Fücks
Vorstand der
Heinrich-Böll-Stiftung

Inhalt

1 Editorial

Globaler Gezeitenwechsel

- 3 **Kampf um die Moderne** — Wer die offene Gesellschaft verteidigen will, muss Sicherheit im Wandel schaffen
Von Ralf Fücks

- 6 **Zeitenwende der Globalisierung** — Die grassierende Renationalisierung ist Symptom einer Krise der Globalisierung
Von Henning Vöpel

- 10 **Die nationalistische Internationale** — Die autoritäre Wende in den westlichen Demokratien und wie man ihr begegnet
Von Frank Decker

Europäische Umbrüche

- 13 **Europas Integration – nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck** — Die Europäische Union muss sich als Krisenmanagerin bewähren
Von Katinka Barysch

- 16 **Aussitzen, Dialog, Sanktionen** — Wie die EU sich gegen undemokratische Entwicklungen in ihrem Inneren wehren kann
Von Christine Pütz

Populistische Herausforderungen

- 18 **Die Spaltung der USA** — Vor der Wahl zwischen moderner Transformation und kultureller Restauration
Von Bastian Hermisson

- 19 **Bündnispartner der klassischen Mitte-links-Parteien** — Der linke Populismus setzt die etablierten Parteien unter Druck, ist jedoch nicht ihr Gegner
Von Robert Misik

- 21 **Das Eigene und das Fremde** — Die Neue Rechte entdeckt die Identität als politische Kategorie
Von Micha Brumlik

- 23 **«Es mangelt an einer kooperativen Atmosphäre»** — Ein Gespräch mit Heinz Bude über die Stimmung in der Gesellschaft und den Umgang mit AfD-Wählerinnen und Wählern
Von Michael Álvarez Kalverkamp

- 25 **Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte** — Gender- und Familienpolitik ist ein wirkungsvolles Terrain rechtspopulistischer Angriffe
Von Henning v. Barga u. Barbara Unmüßig

- 27 **Republikanische Freiheit in der Krise** — Den Populismus bekämpfen heißt auch, die republikanischen Freiheitsrechte der Abgehängten ernst nehmen
Von Willfried Maier

Deutsche Wandlungen

- 29 **Alles ist Außenpolitik** — Deutschland ist als Wirtschaftsmacht auf die Globalisierung und als Kernmacht auf die EU angewiesen
Von Sylke Tempel

- 31 **Eine Mehrheit jenseits der Union ist wenig realistisch** — Die strategischen Herausforderungen der Parteien ein Jahr vor der Bundestagswahl
Von Ralf Tils

Grüne Perspektiven

- 33 **«Kretschmann weigert sich, sich links zu nennen?» «Das ist bitterernst gemeint.»** — Ein Gespräch mit Rudi Hoogvliet über Kretschmanns Erfolg und die neue Verortung der Grünen
Von Peter Unfried

- 36 **Gesinnungsethische Opposition oder verantwortungsethisches Regieren** — In der Flüchtlingspolitik tragen die Grünen beispielgebend für die Gesellschaft einen normativen Konflikt aus
Von Konrad Ott

- 39 **Die Zeit, in der wir leben** — In der gegenwärtigen Zeitdiagnose dominieren Niedergangserzählungen, das muss nicht sein
Von Peter Siller



→ S.9 Hohe Einkommenszuwächse für die globale Mittelschicht – Grafik zum sozialen Wandel



→ S.13 Die EU neu orientieren – Katinka Barysch über die anstehenden Aufgaben

Inhalt

- 4 Globaler Gezeitenwechsel
- 13 Europäische Umbrüche
- 18 Populistische Herausforderungen
- 29 Deutsche Wandlungen
- 33 Grüne Perspektiven

Globaler Gezeitenwechsel



Die zentrale Konfliktlinie verläuft heute zwischen der offenen Gesellschaft und den diversen Spielarten des Gemeinschaftsradikalismus. Die Herausforderung lautet, den rasanten Wandel der globalen Moderne mit dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit in Einklang zu bringen.

Kampf um die Moderne

Von **Ralf Fücks**

Es war einmal eine Zeit, da schien die ganze Welt auf einem gemeinsamen Weg in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft zu sein. Die einen waren schon weit vorangeschritten, die anderen beeilten sich aufzuschließen. Künftig würde es keine konkurrierenden wirtschaftlichen und politischen Systeme geben, nur noch verschiedene Spielarten des liberalen Kapitalismus. Die am Ende des Zweiten Weltkriegs besiegelte Teilung Europas war endlich überwunden. Handelsbarrieren fielen, die Weltwirtschaft boomte, Computer und Internet begannen ihren Siegeszug. Es war ein Zeitalter der Zuversicht.

Was heute wie ein Märchen klingt, war in den 90er Jahren die vorherrschende Stimmung in Europa und den USA. Man kann die Diskrepanz zwischen damals und heute an zwei Bestsellern festmachen:



Globaler Gezeitenwechsel

1992 erschien Francis Fukuyamas «The End of History and the Last Man». Seine Kernthese lautete, dass mit dem Kollaps des «sozialistischen Weltsystems» alle Gegensätze in eine große Konvergenz münden werden. Ende der Geschichte hieß Ende der Systemkonkurrenz. Die Kombination aus einem sozial temperierten Kapitalismus und liberaler Demokratie war das finale Stadium der Geschichte. Ihr entsprach die Hegemonie der USA als Weltordnungsmacht, die für die Einhaltung der Spielregeln sorgte.

Ein Jahr später veröffentlichte Samuel Huntington seinen nicht minder berühmt gewordenen Essay «The Clash of Civilizations?» (in der späteren Buchausgabe fehlte das Fragezeichen). Huntington ist der Anti-Fukuyama. Folgt man ihm, so stehen wir nicht vor einem Zeitalter ewigen Friedens, in dem sich alle Welt dem westlichen Modell annähert, sondern vor einem weltweiten Zusammenprall der Kulturen entlang alter, religiös eingefärbter Konfliktlinien. Statt der universellen Ausbreitung westlicher Werte sagte er eine Rückbesinnung eigenständiger Zivilisationen auf ihre spezifischen Wertvorstellungen voraus. Der Westen (Nordamerika und Westeuropa) werde künftig von anderen Machtzentren herausgefordert: von China, Russland (als Zentrum der slawisch-orthodoxen Welt), Indien und dem islamischen Kulturkreis. Auf den kurzen unipolaren Moment amerikanischer Hegemonie folgt eine multipolare Weltordnung.

In Deutschland wurde Huntington für seine Kulturkampf-Thesen heftig geprügelt, insbesondere wegen seiner Überhöhung kulturell-religiöser Traditionen zu bestimmenden Faktoren von Weltgeschichte und Weltpolitik. Seine Prämisse, dass die Weltereignisse von rivalisierenden Zivilisationen geprägt werden, die ihren eigenen Gesetzen folgen, ist eine klassische Gegenposition zur Idee einer globalen, als schrittweise Verwestlichung der Welt gedachten Moderne. Sie zielt auf die Aufteilung der Welt in ethnisch und kulturell definierte Großräume, die jeweils von einer dominierenden Großmacht geführt werden. Die Welt ist plural, aber die konkurrierenden Zivilisationen sind in sich homogen. Sie folgen einer je eigenen Leitkultur, die tief in die Geschichte zurückreicht und eine unverwechselbare Identität begründet. Die Stoßrichtung dieser Sorte von Ideologien ist klar. Ihr Feind ist die Globalisierung in allen Dimensionen. Sie verteidigen eisern das Prinzip der natio-

nen Souveränität; sie wenden sich gegen die universelle Geltung demokratischer Werte; sie verabscheuen die Globalisierung des westlichen Lebensstils; sie lehnen den Freihandel ab und bekämpfen die transnationale Migration.

«
Zwischen der
Dynamik globaler
Märkte und der Steuer-
ungsfähigkeit
internationaler Politik
klafft eine
riskante Lücke.
»

Autoritarismus oder Demokratie

Mir liegt es fern, Huntington in die sumpfige Ecke des Ethnopluralismus zu schieben. Er hat früher als andere die Wiederkehr identitärer Politik auf die Weltbühne gesehen – und damit die Rückkehr antagonistischer Konflikte, die Fukuyama schon aus der Geschichte verbannen wollte. Und er machte sich keine Illusionen über die große Kräfteverschiebung in der Weltpolitik. China, Indien, Iran, die Türkei oder Russland waren bis zum Siegeszug des europäisch-amerikanischen Imperialismus stolze Großmächte. Heute streben sie wieder nach Weltgeltung und regionaler Hegemonie. Das ist mit einem relativen Machtverlust des Westens verbunden. Er wird nicht nur wirtschaftlich und politisch von den alt-neuen Mächten herausgefordert, sondern auch normativ. China steht für ein selbstbewusstes Modell autoritärer Modernisierung: ökonomische Liberalisierung in Grenzen, aber keine Lockerung des Machtmonopols der Funktionsaristokratie. Russland ist heute zum Hauptquartier einer neuen antiliberalen Internationale geworden, deren gemeinsamer Nenner ihr Antiamerikanismus, ihre

Aversion gegen die Europäische Union, gegen offene Grenzen und offene Märkte ist. Der Iran ist das Zentrum des schiitischen Fundamentalismus und die Türkei driftet in Richtung einer autoritären Fassadendemokratie. Sie alle setzen der liberalen Moderne ihr eigenes Narrativ entgegen. Insofern sind wir tatsächlich mit einem globalen Kulturkampf konfrontiert.

Allerdings findet dieser «clash of civilizations» nicht nur zwischen den großen geopolitischen Blöcken statt, sondern wird in ihnen ausgetragen. Der Kampf zwischen freiheitlichen und autoritären, modernen und antimodernen Kräften wird in China ebenso ausgetragen wie in arabischen Ländern, in Russland und in der Türkei. Parallel wird das Projekt der liberalen Moderne – also jene Kombination aus Menschenrechten, Demokratie und kulturellem Pluralismus, die sich seit der Aufklärung in Europa entwickelte – auch innerhalb des Westens infrage gestellt. Auch das ist nicht neu – man muss nur daran erinnern, dass die beiden radikalen Gegenbewegungen zur liberalen Moderne, Kommunismus und Faschismus, europäische Erfindungen waren.

Nein, die Geschichte wiederholt sich nicht, und man sollte vorsichtig mit historischen Parallelen umgehen. Die bundesdeutsche Demokratie ist ungleich stabiler, als es die Weimarer Republik je war. Das gilt auch für die Lage in Europa. Aber auch wir sind nicht gefeit gegen die Rückkehr antidemokratischer Strömungen. In vielen europäischen Ländern erfassen sie bereits zwanzig bis dreißig Prozent des Wahlvolks. Ihr gemeinsamer Nenner sind die Verachtung der liberalen Demokratie und der Ruf nach direkter Volksherrschaft, der Rückzug in die nationale Wagenburg, die Verteidigung einer fiktiven kulturellen Homogenität, die Beschwörung von Familie, Volk und Staat als Solidargemeinschaft gegen ein bedrohliches Außen. Das alles trifft sich in einem tief sitzenden Antiamerikanismus, der aus allen Poren und Ritzen quillt.

Die neuen gesellschaftlichen Fronten

Derlei regressive Tendenzen sind keineswegs auf die Milieus der Modernisierungsverlierer und sozial Abgehängten beschränkt. Die neue Qualität der antiliberalen Revolte besteht gerade darin, dass sie sich horizontal wie vertikal ausbreitet. Sie erfasst auch gutbürgerliche Kreise und Teile der Linken.

Der «Wutbürger» ist in der Regel gut ausgebildet, geht einem anerkannten Beruf nach und zählt nicht zu den Ärmsten. Noch geht es ihm gut, aber er spürt den Boden unter seinen Füßen wanken. Wirtschaftlich empfindet er wachsende Konkurrenz und Leistungsdruck. Kulturell fühlt er sich bedrängt von der Krise des Patriarchats, dem Verlust männlicher Rollensicherheit, dem offensiven Auftreten von Schwulen und Lesben und der Einwanderung aus islamischen Ländern. Er pflegt den Eindruck, dass für alles und alle Geld da ist, bloß nicht für ihn und seine Anliegen. Er fühlt sich von «denen da oben» im Stich gelassen und gegängelt. Ihm passt die ganze Richtung nicht.

Seit der großen Wende von 1989/90 hat sich das Tempo politischer, technischer, sozialer Veränderungen enorm beschleunigt. Mit der Globalisierung wächst auch die Krisenanfälligkeit. Zwischen der Dynamik globaler Märkte und der Steuerungsfähigkeit internationaler Politik klafft eine riskante Lücke. Die Finanzkrise von 2008 ff. hat die Verwundbarkeit der Weltwirtschaft schlagartig offengelegt. Zugleich hat sie das Vertrauen in die Institutionen erschüttert. «Bankenrettung» wurde zum Symbol für die Abwälzung der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung. Die gering Qualifizierten geraten immer stärker unter Druck, in den Mittelschichten wächst die Verunsicherung. Teile der Bevölkerung fühlen sich politisch nicht mehr repräsentiert. Die Vertreter/innen der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Eliten, die sie im Fernsehen sehen, schauen eher mit Verachtung auf diejenigen herab, die mit europäischer Integration, Multikulti und LGBTI nichts am Hut haben. Das ist der Boden, auf dem antilibere Parteien und Bewegungen gedeihen.

Die Moderne erzeugt ihre eigene Opposition

Dass die Globalisierung radikale Gegenbewegungen auf den Plan ruft, verwundert nicht. Jede neue Stufe der Moderne erzeugt Ängste und Abwehr, von der Dampfmaschine bis zur digitalen Revolution. Die wissenschaftlich-technische Entzauberung der Welt ruft die Romantik hervor, die Säkularisierung den religiösen Fundamentalismus, die fortschreitende Individualisierung weckt die Sehnsucht nach Gemeinschaft, der globale Wettbewerb den Ruf nach dem protektionistischen Staat. Der springende Punkt ist, dass die Moderne ihre Opposition aus

sich selbst heraus erzeugt. Dieser Konflikt zieht sich bis ins Bewusstsein der Einzelnen.

Die meisten Menschen haben ein gespaltenes Verhältnis zur Moderne. Wir nutzen die Bildungs- und Aufstiegschancen einer sozial durchlässigen Gesellschaft, reklamieren unsere individuelle Freiheit und schätzen die Vielfalt möglicher Lebensformen, kommunizieren mit aller Welt, sind global unterwegs, nehmen Anteil an der internationalen Kunst, Musik und Literatur und erwarten selbstverständlich, im Ernstfall nach den modernsten Erkenntnissen der medizinischen Forschung behandelt zu werden. Gleichzeitig gibt es eine anschwellende Begleitmusik von Artikeln, Büchern und Konferenzen, die mit diesen oder jenen Tendenzen der Moderne hadern. Die Botschaften sind uns vertraut: Befreiung vom Überfluss, Ausstieg aus der Leistungskonkurrenz, Entschleunigung des Lebens, Sein statt Haben. Das alles ist Teil jener permanenten Selbstkritik, die zur «reflexiven Moderne» gehört. Der Witz besteht darin, dass die Kombination von Demokratie und Kapitalismus jede Opposition in Innovation verwandelt und sich auf diese Weise stän-

«
Halbwegs stabile
Lebensumstände sind
eine Bedingung
für die Ausübung
der Freiheit.
»

dig erneuert. Allerdings kann man nicht beides haben: die Dynamik der Moderne stilllegen und zugleich die Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Zivilisation festhalten. Das eine ist die Kehrseite des anderen.

Die zentrale politische Konfliktlinie verläuft heute nicht mehr zwischen rechts und links, sondern zwischen offener Gesellschaft und den diversen Spielarten des Gemeinschaftsradikalismus. Unter diesem Begriff fasste der Philosoph Helmut Plessner schon Anfang der 20er Jahre die faschistische und kommunistische Fundamentalopposition gegen die liberale Moderne. Die Gegensätze von damals finden sich heute wieder: politische und kulturelle Vielfalt oder Gleichschaltung der Gesellschaft, Parlamentarismus oder Volksdemokratie, kosmopolitische Öffnung oder nationale Schließung, politischer Pluralismus oder autoritäre Führung. Wenn wir die offene Gesellschaft verteidigen wollen, reicht es nicht aus, die Werte von Freiheit und Demokratie zu beschwören. Die entscheidende Herausforderung lautet, den rasanten Wandel, den die globale Moderne mit sich bringt, mit dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit in Einklang zu bringen. Das erfordert zum einen den Ausbau der «Global Governance», also der Krisenprävention und des Krisenmanagements auf supranationaler Ebene. Zum anderen geht es um Strategien, die den sozialen Zusammenhalt stärken und den Einzelnen befähigen, souverän mit dem permanenten Wandel umzugehen.

Es wäre ein schwerer Fehler, Freiheit und Sicherheit gegeneinander auszuspielen. Absolute Sicherheit kann keine Gesellschaftsform garantieren. Aber halbwegs stabile Lebensumstände sind eine Bedingung für die Ausübung der Freiheit. Wer von ständiger Angst vor sozialem Absturz oder vor willkürlicher Gewalt geplagt wird, ist nicht frei, sein Leben nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. In einer hoch komplexen Gesellschaft ist die Freiheit des Einzelnen an institutionelle Voraussetzungen gebunden: Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Sicherheit, ein gut ausgebautes Bildungssystem, Rückversicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit etc. Die öffentlichen Institutionen sind der Stabilitätsanker in einer Welt rapider Veränderungen. Wer die liberale Demokratie bewahren will, muss nicht nur die individuelle Freiheit verteidigen, sondern die Institutionen stärken, die das Rückgrat der demokratischen Republik bilden.

Ralf Fücks ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kurz nach dem Ende des Kalten Krieges proklamierte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das mutmaßliche «Ende der Geschichte»: Mit dem Sieg des Kapitalismus über den Kommunismus hätten sich im Sinne Hegels historischer Dialektik alle ideologischen Widersprüche zu einer Synthese von Marktwirtschaft und Demokratie aufgelöst. Die anschließend einsetzende Globalisierung schien die These vom Ende der Geschichte zu bestätigen: Es herrschten fortan die globalen Märkte nach rein ökonomischen Erwägungen – rational, anonym und ahistorisch.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 und der folgenden Jahre ist jedoch weit mehr als eine Betriebsstörung der Globalisierung; sie ist ein fundamentaler Bruch, gewissermaßen eine Sollbruchstelle der Globalisierung, denn in der Folge haben sich bis in die aktuellen Ereignisse hinein die Widersprüche der Globalisierung offenbart. Mit der Krise ist die Bedeutung großer geschichtlicher Entwicklungslinien in die Politik der Gegenwart zurückgekehrt. Ohne Geschichte lassen sich Politik und Weltwirtschaft heute nicht mehr verstehen, siehe etwa Putin, der die Geschichte bemüht und gefährlich uminterpretiert, um Rückhalt für seine Politik zu organisieren. Unter dem Eindruck der Krise haben Staaten angefangen, nationale Interessen wieder stärker zu

betonen, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen und strategische Handelspolitik zu betreiben. Die derzeitigen geopolitischen Konflikte und Bedrohungen, die wie ein unwirklicher Anachronismus erscheinen, sind der rückwärtsgewandte Reflex einer Welt, der ihre eigene Zukunft fremd ist und der eine Idee eines gemeinsamen Ordnungsrahmens zur Durchsetzung von Regeln, zur Lösung internationaler Konflikte sowie zur Kontrolle globaler Krisen fehlt. Für den Übergang in die neue Ordnung existiert keine stabile sicherheitspolitische Architektur, sodass von den derzeitigen geopolitischen Konflikten eine ernsthafte Gefahr für die politische und ökonomische Stabilität der Welt ausgeht.

Kognitive Dissonanzen einer unverstandenen Welt

Die globale Krise hat die Welt in großer Unsicherheit zurückgelassen: Zu vieles an Grundfesten ist erschüttert, zu vieles an Geschehenem unerklärt, kein Erfahrungsanker, der hilft, keine Verhaltensregel, die taugt, die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten. Die Welt leidet an kognitiven Dissonanzen, die geopolitische Konflikte und ökonomische Krisen erzeugt haben. Ob Brexit, Putsch, Flüchtlingskrise, Rechtspopulismus oder Gewalt zwischen Terror und Amok: Es drängt sich die Vermutung auf, dass es sich um weit mehr als eine zufällige Koinzidenz von Ereignissen handelt, dass vielmehr alles eine gemein-

Die Globalisierung steckt in einer ernsthaften Krise. Die grassierende Renationalisierung ist keine Lösung, sondern ein Symptom dieser Krise. Ein Ausweg kann nur über eine funktionsfähige Global Governance und eine fortschreitende (Neu-)Legitimation der globalen Ordnung führen.

Zeitenwende der Globalisierung

same Ursache haben müsse. Tatsächlich steht hinter alledem eine ernste Legitimationskrise der Globalisierung. Die alten Institutionen, die eigentlich helfen sollen, Konflikte zu beherrschen, Interessen auszugleichen, Lösungen zu koordinieren, Gesellschaften und Individuen Halt und Haltung zu geben, haben versagt, die Globalisierung – fast könnte man sagen: sozialpsychologisch – verträglich zu gestalten. Die Verführbarkeit der Menschen durch einfache Lösungen und billige Versprechen steigt dadurch gefährlich an. Daraus erwächst erkennbar eine ernste Gefahr für Liberalismus und Demokratie.

Die Krise der Institutionen

Die Krise der Globalisierung ist vor allem eine Krise der Institutionen. Das Vertrauen in Institutionen nimmt in dem Maße ab, wie sie sich als unfähig erweisen, ihrer ordnenden und koordinierenden Funktion gerecht zu werden. Im Gegenteil: Die Institutionen selbst haben inhärente Widersprüche und dadurch quasi kognitive Dissonanzen erzeugt. Die globale Vernetzung hat zu einer Zunahme systemischer Risiken geführt, die durch nationale Institutionen nicht beherrschbar sind. Supranationale Institutionen sind nicht geschaffen worden. Alte Handlungsmuster und eingeübte Rollen helfen nicht mehr, passen nicht länger in einer unverständenen Welt. Der Wandel in der US-Außen- und Sicherheitspolitik etwa führt uns in Europa vor Augen, dass man keine gemeinsamen Außengrenzen definieren kann, ohne zu einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik fähig zu sein. Europa kann unter diesen Umständen nicht länger unentschieden bleiben.

Der Kollateralschaden der Krise ist aber noch viel größer: Die bestehenden Institutionen sind durch den fehlenden institutionellen Rahmen für die Globalisierung überfordert und dadurch in ihrer Glaubwürdigkeit – bis hin zu Zweifeln ihrer Legitimation und Verfassungsmäßigkeit – beschädigt worden. Mit gravierenden Folgen für das Vertrauen in Politik und Institutionen. «Alternativlos» und «whatever it takes» sind Synonyme für eine kurzfristig agierende Krisenpolitik geworden, die nur stabilisiert, aber nicht mehr gestaltet. Eine Fortsetzung dieser Politik kann langfristig genau das Gegenteil bewirken: Sie erzeugt Unsicherheit, Orientierungsverlust und verkürzt den Entscheidungshorizont der Wirtschaftsakteure. Dabei sollen gerade stabile Institutionen und eine verlässliche Wirtschaftspolitik die langfristigen Interessen der Gesellschaft schützen. Die Folge nicht kontrollierter systemischer Risiken ist eine erhöhte Krisenanfälligkeit. Das Koordinationsproblem kann nicht gelöst werden, weil die dafür notwendigen Institutionen fehlen. Das Prinzip von Risiko und Haftung kann nicht durchgesetzt werden. Die Kosten der Krise müssen daher sozialisiert werden.

Die Legitimationskrise der Globalisierung

Globalisierung ist eine Idee und sie ist zugleich ein Prozess. Für beides existiert keine Legitimation. Was fehlt, ist eine «Verfassung» der Globalisierung. Wir stimmen in nationalen Parlamenten lediglich über die Ergebnisse der Globalisierung ab, ohne jemals ihren Regeln zugestimmt zu haben. Wenn eine gemeinsame, allgemein zustimmungsfähige Verfassung der Globalisierung nicht möglich ist oder wenigstens implizit existiert, dann darf die Antwort jedoch nicht sein, die Globalisierung aufzugeben, in Nationalstaatlichkeit zurückzufallen, wie es vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und den sich anschließenden Tragödien des letzten Jahrhunderts der Fall gewesen ist. Es kommt angesichts der nur global und kooperativ lösbaren Probleme vielmehr darauf an, Stück für Stück, gewissermaßen nachträglich die globale Ordnung zu legitimieren. Die Bereitschaft und die Fähigkeit dazu beschränken indes das Tempo und das Ausmaß der Globalisierung. Die derzeitigen Regeln und Institutionen der Globalisierung reflektieren jedenfalls nicht die Interessen der Menschen und sind nicht auf den fairen Ausgleich zwischen den Ländern ausgerichtet. Aus diesem Grund handelt es sich im Kern um eine Legitimationskrise der Globalisierung.

Der Harvard-Ökonom Dani Rodrik hat das in seinem Trilemma aus Globalisierung, Nationalstaat und Demokratie eindrucksvoll beschrieben: Alle drei könne man nicht gleichzeitig haben. Die Auflösung des Trilemmas liegt tatsächlich in der fortschreitenden Legitimation der Globalisierung. Deshalb ist ein neuer Nationalismus genau die falsche und ein neuer Liberalismus die genau richtige Antwort. Nicht umsonst geht die Krise der Globalisierung von jenen Ländern aus, in denen die geringste Legitimation der Globalisierungsphänomene existiert: von Russland, der Türkei oder Brasilien und China, alles Länder, in denen Globalisierung auf korrupte Institutionen und autoritäre Regierungen trifft. In Ansätzen gilt dies jedoch auch für Europa und die USA, in denen die untere Mittelschicht, die so entscheidend für sozialen Zusammenhalt und Stabilität ist, nicht mehr von der Globalisierung profitiert und am sozialen Aufstieg durch undurchlässige Strukturen gehindert wird. Die Interdependenz der Ordnungen von Marktwirtschaft und Demokratie funktioniert nicht mehr. Das Resultat ist nicht allein ein zunehmendes Misstrauen in die Versprechungen der Sozialen Marktwirtschaft, sondern auch eine Skepsis gegenüber den Folgen der Globalisierung.

Grenzen und Gemeinwohl

Für die Legitimation von Entwicklungen spielen die Betroffenheit und die Abgrenzung von Gesellschaften eine wesentliche Rolle. Insoweit werden «Grenzen» das große Thema der nächsten Jahre. Sie haben bei der Neuordnung der Globalisierung die

«
Wir stimmen in nationalen Parlamenten lediglich über die Ergebnisse der Globalisierung ab, ohne jemals ihren Regeln zugestimmt zu haben.
»



wichtige Funktion, die Kongruenz zwischen Gemeinwohl und Legitimation herzustellen. Es lässt sich Legitimation nur für ein sinnvoll abgrenzbares Gemeinwohl denken. Die Europäische Union etwa hat sich Grenzen gegeben, innerhalb derer unter 28, bald 27 Ländern Demokratie kaum sinnvoll organisiert werden kann, weil es kein gemeinsames Verständnis von Gemeinwohl gibt. Die Fragmentierung von Gesellschaften wird im Zeitalter der Digitalisierung im Gegenteil weiter zunehmen, die Frage der Legitimation immer schwieriger. Grenzen sind in diesem Sinne dann nicht notwendigerweise Bedrohung von Offenheit, sondern dienen ihrem Schutz. Wichtig ist daher heute, in Zeiten der größten Krise der Globalisierung, eine Stärkung der Legitimation gerade in den offenen Gesellschaften, in den freiheitlichen und demokratischen Ländern, denn nur so lassen sich die kognitiven Dissonanzen der Welt therapieren und die «Verfassung» der Globalisierung stärken.

Neue Ordnungspolitik und Global Governance

Das Versagen der Institutionen und die Legitimationskrise der Globalisierung haben im Ergebnis dazu geführt, dass sich die Wirtschaftspolitik in der Krise immer weiter von Ordnungspolitik entfernt hat. Die Krise hat jedoch gezeigt, dass ordnungspolitische Prinzipien ohne entsprechende Institutionen auf globalen Märkten nicht durchsetzbar sind. Gerade während der Eurokrise war zu beobachten, dass der institutionelle Rahmen der Währungsunion unvollständig ist und deshalb kurzfristig nach Ad-hoc-Lösungen gesucht werden musste, um Stabilität zu erzeugen. Langfristige Lösungen konnten damit aber nicht erzielt werden. Immer noch ist es die Europäische Zentralbank, die durch eine Geldpolitik am Rand ihres Mandats die Währungsunion stabilisiert.

Mit dem Erbe der derzeitigen Krise verbindet sich aber nicht allein ein Auftrag an die Politik, sondern auch an die Wirtschaftswissenschaften. Es geht um ein komplexeres Verständnis der Globalisierung und ihrer gesellschaftlichen und politischen Prozesse. Und es geht um den Aufbau und die Durchsetzung einer funktionsfähigen Global Governance. Supranationale Institutionen müssten durch entsprechende Anreizregulierung die Zeitpräferenz individueller Entscheidungen dramatisch herabsetzen, um ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit global durchsetzen zu können. Dies ist umso schwieriger, als die Länder aufgrund ihres jeweiligen ökonomischen Entwicklungsstandes sehr unterschiedliche Zeitpräferenzraten haben. In den nächsten Jahrzehnten werden jedoch gerade die Schwellenländer einen erheblichen Transformationsprozess durchleben, der durch einen tiefgreifenden Umbau ihrer Gesellschaften zu mehr Nachhaltigkeit gekennzeichnet sein wird.

«Ob Brexit, Putsch, Flüchtlingskrise, Rechtspopulismus oder Gewalt zwischen Terror und Amok: Hinter alledem steht eine ernste Legitimationskrise der Globalisierung.»

Alle diese Entwicklungen – technologische, ökonomische, politische und institutionelle – haben massive Auswirkungen auf die Zukunft der Globalisierung. Erforderlich ist in allen skizzierten Zukunftsfragen eine neue globale Governance. Wahrscheinlicher sind allerdings eher ein neuer Bilateralismus und eine wieder stärkere Regionalisierung der internationalen Beziehungen. Und damit womöglich ein Auseinanderdriften der Weltwirtschaft durch eine ökonomische und politische Fragmentierung, die neue Bruchstellen und Grenzlinien erzeugt, an denen sich zukünftig Konflikte entzünden werden. Die digitale Zukunft der Globalisierung trifft heute auf sich ausbreitenden religiösen Fundamentalismus und nationalstaatliches Denken. Die damit verbundenen Konflikte werden vor allem globale Verteilungsfragen zum Gegenstand haben und weltweit Migration auslösen. Wenn es nicht gelingt, einen globalen Ordnungsrahmen und neue Formen der Kooperation zur Lösung dieser Konflikte zu finden, ist das «Ende der Geschichte» noch weit entfernt. ■■■

Prof. Dr. Henning Vöpel ist Direktor und Geschäftsführer des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

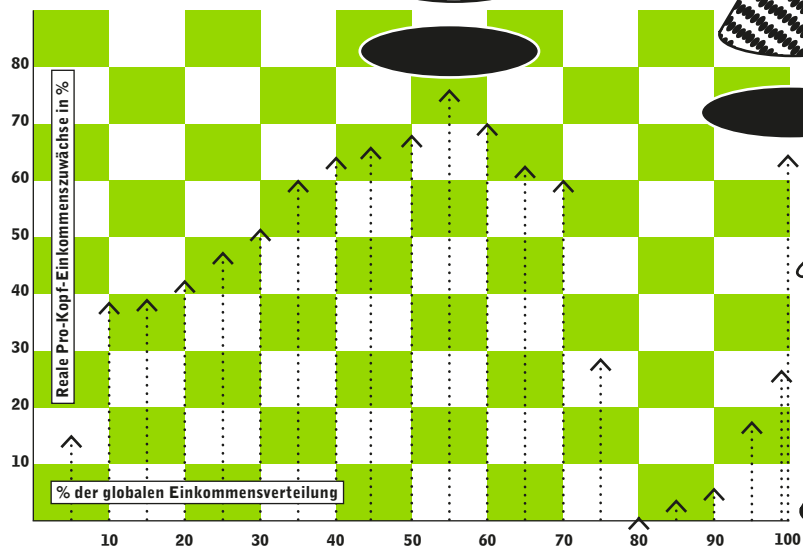


Der globale soziale Wandel

Gewinner der Globalisierung Nummer 1:

die globale Mittelschicht. Aufgrund des rasanten Wirtschaftswachstums in den Schwellenländern liegen die dortigen Einkommenszuwächse in der Mittelschicht bei bis zu 75 %.

Das Wachstum des globalen Pro-Kopf-Einkommens von 1988–2008 in Relation zur globalen Einkommensverteilung.

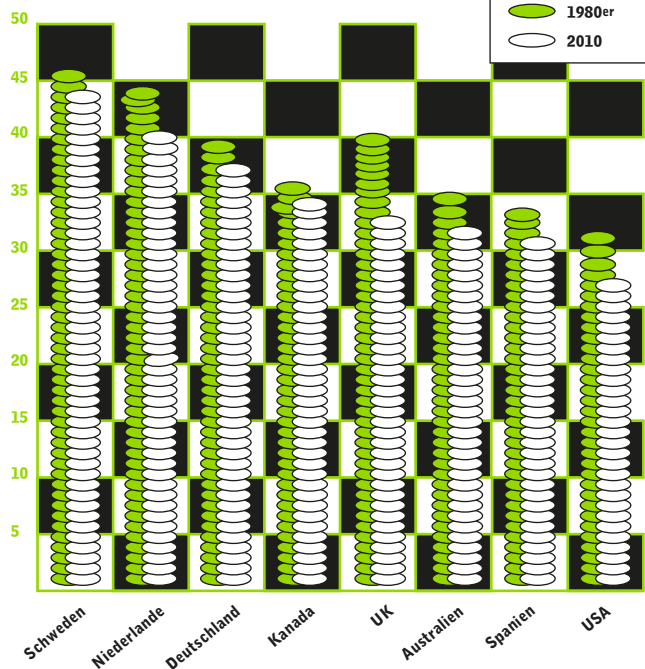


Gewinner der Globalisierung Nummer 2:

das oberste Prozent der Einkommenspyramide. Dort gab es Zuwächse um 65 %.

Der Trickle-Down-Effekt, nach dem Reichtum irgendwann zu den unteren Schichten durchdringt, lässt auch auf sich warten ...

Das Schrumpfen der Mittelklasse in ausgewählten westlichen Demokratien

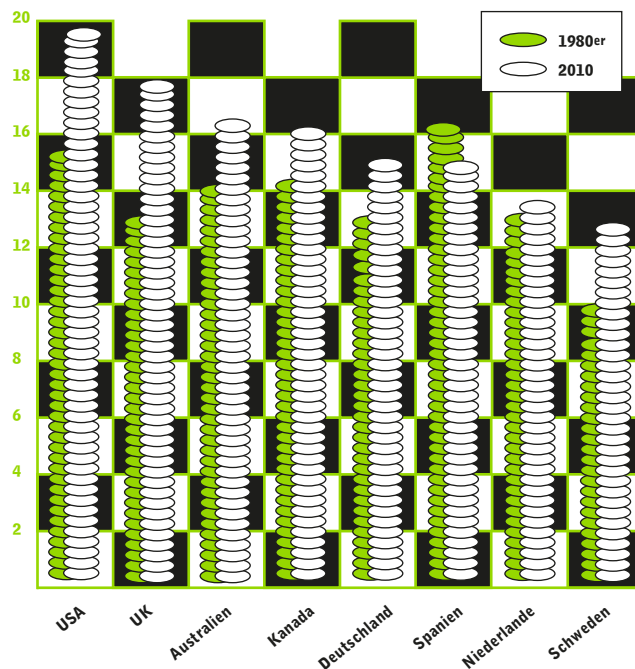


Als Mittelklasse definiert Branko Milanovic, ein angesehener Forscher auf dem Gebiet der Einkommensverteilung, den Bevölkerungsanteil, der ein verfügbares Pro-Kopf-Einkommen zwischen 25 % unterhalb und oberhalb des Medians verdient. Dies ist eine recht enge Fassung des Begriffs. Nach einer Studie des DIW (DIW Wochenbericht 18/2016), dessen Definition den Bereich von 67 % bis 200 % des Median-Einkommens (vor Steuern und Abgaben) umfasst, sinkt der Anteil der Mittelschicht von 1983 bis 2013 in Deutschland von 69 % auf 61 % und in den USA von 59 % auf knapp unter 50 %. Bei einer Betrachtung der Einkommen nach Steuer und Abgaben steigt der Anteil der mittleren Einkommen in Deutschland laut einer Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg/Essen um 30 %, d. h. die umverteilende Wirkung des Sozialstaates ist nach wie vor erheblich.

Verlierer:

vor allem die Unter- und Mittelschichten der reichen Industrieländer. Ihre Einkommenszuwächse sind gering, allerdings ausgehend von einem hohen Einkommensniveau, gemessen am globalen Durchschnitt.

Prozentanteil des gesamten verfügbaren Einkommens, der an die obersten 5 % der Einkommensbezieher/innen geht



Quelle: Milanovic: Global Inequality, Harvard University Press, 2016.



Die Ursachen und Erscheinungsformen der autoritären Wende in den westlichen Demokratien und die Wege, ihr zu begegnen.

Die nationalistische Internationale

Von Frank Decker

Wenn vom Regierungsmodell der westlichen Demokratie gesprochen wird, ist stets die verfassungsstaatliche oder liberale Demokratie gemeint. Die Demokratie gründet mithin auf zwei Legitimationsprinzipien, die nicht identisch sind. Das eine Prinzip, das man als Demokratie im engeren oder ursprünglichen Sinne bezeichnen könnte, ist die Volkssouveränität. Sie postuliert, dass Herrschaft stets unter Berufung auf den Willen des Volkes bzw. der Mehrheit des Volkes ausgeübt wird. Der Konstitutionalismus ist demgegenüber ein Prinzip der Herrschaftsbegrenzung, das dafür sorgt, dass die vom Volk beauftragten Herrschenden in ihrer Machtausübung kontrolliert werden. Um die Freiheit des Individuums vor staatlichen Übergriffen zu schützen, definiert der Verfassungsstaat einen Bereich garantierter Rechte, über die keine demokratische Mehrheit – sei sie auch noch so groß – verfügen kann.

Historisch betrachtet geht der Verfassungsstaat der neuzeitlichen Demokratie voraus. Letztere setzte sich erst mit der Einführung des Frauenwahlrechts vollständig durch. Wenn Verfassungsstaaten ohne Demokratie heute nicht mehr vorstellbar sind, so kann es auf der anderen Seite durchaus demokratische Sys-

teme geben, denen es an einem stabilen verfassungsstaatlichen Fundament mangelt. Diese Systeme zeichnen sich durch das Vorhandensein freier, gleicher und allgemeiner Wahlen aus, verstoßen aber zugleich gegen elementare Prinzipien des Verfassungs- und Rechtsstaates, indem sie die Menschen- und Bürgerrechte missachten oder die Gewaltenteilung umgehen. Letzteres schlägt sich u.a. in einem Machtübergewicht der Exekutive zulasten des Parlaments und der Justiz sowie in einer generellen Missachtung des Rechts nieder, die oftmals unter expliziter Bezugnahme auf die direkte demokratische Legitimation der Regierenden erfolgt.

Das Vorbild Putin

Als die nach dem von unten herbeigezwungenen Systemwechsel neu- oder wiedererstandenen demokratischen Verfassungsstaaten in Mitteleuropa ihren politischen Transformationsprozess mit dem Beitritt zur Europäischen Union in den 2000er Jahren förmlich «krönten», hätte man nicht vermutet, dass ein Teil von ihnen bald zu Trendsettern einer gegenläufigen Entwicklung werden würde. Was in Ungarn unter der Fidesz-Regierung schon länger im Gange ist – der Umbau des Staates zu einem quasi-demokratischen autoritären System –, kündigt sich nach der Machtübernahme der recht nationalen Partei «Recht und Gerechtigkeit» jetzt auch in Polen an. Damit eifern ausgerechnet jene beiden Länder, die den eigenen Freiheitswillen in der kommunistischen Zeit gegen die Sowjetunion am konsequentesten unter Beweis gestellt hatten, dem – von seinem Urheber Wladimir Putin zynisch als «gelenkte» Demokratie titulierten – Herrschaftsmodell des verhassten russischen Nachbarn nach.

Der Nimbus des starken Führers, der Putin trotz oder gerade wegen der ökonomischen Schwäche seines Riesenreiches umgibt, strahlt inzwischen auch auf die «alten» westlichen Demokratien aus. Marine Le Pen und Alexander Gauland fühlen sich ebenso zum demokratischen Autoritarismus hingezogen wie der US-amerikanische Präsidentschaftsanwärter Donald Trump. So groß die Unterschiede innerhalb der rechtspopulistischen Familie in ideologisch-programmatischer und organisatorischer Hinsicht sein mögen, eint sie der «identitäre» Gegenentwurf zu einem liberalen, universalistischen Politikverständnis, dessen Wohlstands- und Teilhabeversprechen wachsende Teile der heutigen Gesellschaft nicht mehr erreicht.

Ein Blick auf die Wählerstruktur der neuen populistischen Parteien legt dabei zwei Differenzierungen nahe: Erstens handelt es sich um «Verlierer» allenfalls in einem relativen Sinne, das heißt: Die Misere dieser Personen ist nicht an ihre tatsächliche soziale Lage gebunden, sondern an empfundene Verlustängste, an das Gefühl, zum benachteiligten und abstiegsbedrohten Teil der Gesellschaft zu gehören. Zweitens sind

«
**Es handelt sich
um «Verlierer»
allenfalls in einem
relativen Sinne,
die Misere
dieser Personen
ist nicht an
ihre tatsächliche
soziale Lage ge-
bunden, sondern
an empfundene
Verlustängste.**
»

die Verlustängste nicht in erster Linie durch materielle Erwartungen bestimmt. Stattdessen verweisen sie auf ein tiefer liegendes Problem, das man als sozial-kulturelle Entwurzelung bezeichnen könnte und das eine Folge gesellschaftlicher Individualisierungsprozesse ist. Weil sie die Möglichkeiten einer autonomen Lebensführung, die die globalisierte und digitalisierte Welt eröffnet, nicht nutzen können oder wollen, flüchten sich diese Personen in antiliberalen Ressentiments. Zum Hauptkristallisationspunkt ihrer Angst werden dabei die Fremden.

Gegen diese Tendenzen setzen die Rechtspopulisten die Rückbesinnung auf das «Wir-Gefühl» der Nation, die aber nicht mehr nur (oder primär) in einem partikularen Sinne aufgefasst wird, sondern eingebettet ist in ein nationenübergreifend-gemeinsames, (west-)europäisches Verständnis von kultureller Zugehörigkeit, dessen Gegenbild die überwiegend nicht-westliche Zuwandererbevölkerung verkörpert. Dies findet auch in organisatorischer Hinsicht Niederschlag. Nachdem ihre nationale Ausrichtung und die Stigmatisierung als rechtsextrem in der Vergangenheit wechselseitige Berührungsängste ausgelöst hatten, ist die europaweite Zusammenarbeit der neuen Rechtsparteien inzwischen zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Innerhalb des gemeinsamen ideologischen Kerns weist der Rechtspopulismus eine große inhaltliche Bandbreite auf. Einerseits ergeben sich bei Parteien wie dem Front National oder den Schwedendemokraten Schnittmengen mit rassistischen und extremistischen Positionen. Andererseits ist der Rechtspopulismus auch an nicht-nativistische Begründungen der kulturellen Identität und gesellschaftspolitisch liberalere Positionen anschlussfähig, wie etwa bei Pim Fortuyn, der sich in seiner Islamkritik ausschließlich auf die liberalen und demokratischen Werte des Westens berief – Trennung von Kirche und Staat, Gleichberechtigung von Mann und Frau und Freiheit der sexuellen Orientierung. In dieser Tradition steht auch die heutige niederländische Freiheitspartei unter Geert Wilders.

Ähnlich facettenreich wie seine «Identitätspolitik» gestaltet sich die wirtschaftspolitische Programmatik. In der Entstehungsphase verfolgten dessen Vertreter noch fast allesamt einen «neoliberalen» Kurs, bevor in den 1990er Jahren in den meisten Parteien protektionistische Positionen die Oberhand gewannen. Statt den Wohlfahrtsstaat zu verschlanken, sollte dieser nun verteidigt und sogar weiter ausgebaut werden. Dazu galt es auch der europäischen Politik in den Arm zu fallen, die sich einseitig auf die Beseitigung der Marktschranken konzentrierte. Mit diesem Wechsel nach links entsprachen die neuen Rechtsparteien nicht nur ihrer veränderten Wählerbasis, die sozialpopulistischen Forderungen knüpften auch an die identitätspolitischen Kernthemen der

Globaler Gezeitenwechsel

Zuwanderungsbegrenzung und Multikulturalismuskritik an. Die Rechtspopulisten konnten damit den linken Parteien zum Teil das Wasser abgraben bzw. das Aufkommen neuer linkspopulistischer Konkurrenten verhindern. Die in der Literatur als «Wohlfahrtschauvinismus» bezeichnete Haltung, wonach der eigene Wohlstand vor der ungerechtfertigten Inanspruchnahme durch «Dritte» (seien es Zuwanderer oder seien es Angehörige anderer Nationen) zu schützen sei, traf und trifft vor allem in den wirtschaftsstarken Ländern auf fruchtbaren Boden, die ein vergleichsweise hohes sozialstaatliches Leistungsniveau aufweisen.

Hatte es zu Beginn der 2000er Jahre noch Anzeichen für eine allmähliche Erschöpfung der populistischen Mobilisierungsfähigkeit gegeben, so verstärkten die am 11. September 2001 in den USA beginnende Serie islamistischer Terroranschläge, die durch die Bürgerkriege im Nahen Osten seit 2013 stark ansteigenden Flüchtlingszahlen sowie die 2007 ausgebrochene Finanz- und Eurokrise die bereits vorhandene Unsicherheit. Während die Angst vor dem Islam Wasser auf die Mühlen der rechten Einwanderungskritiker lenkte, verschaffte die Finanz- und Eurokrise den linkspopulistischen Kritikern des «neoliberalen» Modernisierungsprojekts neuen Zulauf. Dessen Schattenseiten hatten sich in Europa schon in den 1990er Jahren zunehmend bemerkbar gemacht und dafür gesorgt, dass auch jene Rechtspopulisten, die wie etwa die Lega Nord vorher zum Teil noch pro-europäisch aufgestellt waren, nun zu rigorosen EU-Gegnern mutierten. Folgt man deren Argumentation, steht die Europäische Union stellvertretend für sämtliche Kehrseiten der Modernisierung: materielle Wohlstandsverluste, multikulturelle «Überfremdung» und Krise der politischen Repräsentation. Die sonst so abstrakte Globalisierung findet mit ihr einen konkreten Schuldigen.

Die Ambivalenz des Rechtspopulismus

So wenig der Rückzug auf den Nationalstaat und das von den Rechtspopulisten propagierte autoritäre Demokratiemodell geeignet sind, den Problemen des Regierens in der globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft zu begegnen, so falsch wäre es, darin nur Rückwärtsgewandtheit zu erkennen. Das Aufeinanderfolgen von Öffnungs- und Schließungseffekten ist ein Kennzeichen jeglicher Modernisierungsprozesse. Indem die populistischen Herausforderer das Augenmerk auf dessen negative Begleiterscheinungen legen, könnten sie also einen Beitrag leisten, dass die Protestgründe aufgenommen werden und auf diese Weise eine neue politische Balance entsteht. Solange die Rechtspopulisten diese Protestfunktion aus der Opposition heraus wahrnehmen, dürfte von ihnen für die verfassungsmäßige Ordnung keine Gefahr ausgehen. Bedenklich wird es erst, wenn sie selbst über (ungeteilte) Regierungsmacht verfügen und ihre auto-

«
Vor allem braucht es eine neue Kultur des Zuhörens und Aufeinander-Zugehens.
»

ritären Demokratievorstellungen – wie in Ungarn und Polen – aktiv betreiben können.

Welche Handlungsempfehlungen lassen sich aus dem Scheitern der bisherigen Bekämpfungsstrategien des Rechtspopulismus ableiten? Neben der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung, die sich als Empfehlung von selbst versteht, erscheinen die folgenden drei Aufgaben wesentlich. Erstens muss man versuchen, der Konkurrenz auf deren eigenem Feld zu begegnen – der Wertepolitik. Dies stellt vor allem für die in ihrem Werteverständnis eher materialistisch geprägten Sozialdemokraten ein schwieriges Problem dar, die verloren gegangenen Kredit aber nur zurückgewinnen können, wenn sie der rechten «Gegenmodernisierung» ein eigenes, nicht-regressives Modell einer guten Gesellschaft entgegenstellen, das die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit aufnimmt. Dies gilt vor allem für die Zuwanderungspolitik.

Zweitens muss man deutlich machen, warum eine Politik, die die Märkte auf der europäischen und transnationalen Ebene reguliert und dazu nationale Zuständigkeiten abgibt (bzw. abzugeben bereit wäre), dennoch im nationalen Interesse ist. Diese Herausforderung stellt sich in der Auseinandersetzung mit dem rechten und linken Populismus gleichermaßen. Die zunehmend europamüden Bürger/innen lassen sich für das Integrationsprojekt nur zurückgewinnen, wenn die sozialen und kulturellen Nebenfolgen, die sich aus dem Marktgeschehen ergeben, nicht mehr ausschließlich der nationalstaatlichen Politik aufgebürdet werden. In anderen Bereichen – etwa der Außen- und Verteidigungspolitik – wäre es geboten, dass die politischen Eliten selbst über ihren Schatten springen; hier scheitert die Überwindung des nationalen Denkens nicht an den Widerständen der Bevölkerung.

Und drittens müssen die Parteien sich nach außen hin gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern öffnen. In einer Gesellschaft, die über das Internet immer stärker vernetzt wird, ist das heutige Modell der von oben gesteuerten Mitglieder- und Funktionärsparteien nicht mehr adäquat. Überlegt werden sollte auch, wieweit die (auf der Bundesebene) bisher ausschließlich repräsentativen Entscheidungsprozesse durch direktdemokratische Verfahren verbessert werden könnten. Vor allem braucht es eine neue Kultur des Zuhörens und Aufeinander-Zugehens. Die in einer Demokratie unverzichtbare Volksnähe des Politikers gebietet nicht, dem Volkswillen hinterherzulaufen, sondern den Bürgern Gehör zu schenken. Dies setzt voraus, dass man die Lebenswirklichkeiten seiner Wählerinnen und Wähler kennt, ihnen zumindest nicht ausweicht. ■■■

Prof. Dr. Frank Decker ist seit 2011 wissenschaftlicher Leiter der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP).

Europäische Umbrüche

Am frühen Morgen des 24. Juni 2016 war das politische Europa in Schockstarre. Die Briten hatten mehrheitlich für den Austritt aus der EU gestimmt. Wie konnte das sein? So klar sind die Vorteile der Mitgliedschaft. So unwägbare die Risiken dieses noch nie da gewesenen Austrittsprozesses eines großen Mitgliedslandes.

Ebenso beunruhigend wie die Unsicherheit über die Auswirkungen des Brexit-Votums ist die Tatsache, dass kaum einer sie vorausgesagt hatte. «Es wird schon gut gehen», haben wir uns gegenseitig ermuntert. Und das, obwohl in den Meinungsumfragen die Brexit-Befürworter/innen und -Gegner/innen seit Langem gleichauf lagen.

Wir, Europas Analysten und politische Experten, scheinen unsere Fähigkeit, politische Großereignisse korrekt zu prognostizieren, einzubüßen. Das griechische Referendum, Wahlen in Polen oder Spanien – Meinungsforscher/innen und Politikwissenschaftler/innen liegen immer öfter falsch.

Zumindest, so trösten wir uns, können wir die Ergebnisse der sich häufenden tektonischen Verschiebungen in der europäischen Politik noch hinreichend erklären.

Die Quellen des Populismus

Jedes Mal, wenn eine populistische oder extreme Partei in den Meinungsumfragen hochschnellt, in ein europäisches Parlament einzieht oder gar an die Macht kommt, dann finden wir schnell eine rationale Ex-post-Erklärung dafür.

In Griechenland, Spanien und Portugal sind es die Folgen von Eurokrise und schmerzhafter Sparpolitik, die die Wähler/innen in die Arme von Populisten treiben. Deutschland hat die Eurokrise ganz gut überstanden, also schuldet



Weder in einer Renationalisierung noch in einer enger zusammenwachsenden EU liegt der Ausweg aus der derzeitigen Krise. Die EU sollte sich vielmehr als Krisenmanagerin und Problemlöserin bewähren.

Europas Integration – nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck

Von **Katinka Barysch**

Europäische Umbrüche

bei uns die AfD ihren Aufstieg dem Flüchtlingszustrom.

Nach Polen und Ungarn sind wenige Flüchtlinge gekommen. Also erklären wir die Herrschaft der Populisten Orbán und Kaczyński mit dem noch nicht verfestigten Demokratieverständnis in der postkommunistischen Gesellschaft. Das kann man Großbritannien nicht nachsagen, wo man die Anfänge der Demokratie im 13. Jahrhundert verortet. Dort ist es wohl eher die Nostalgie nach Selbstbestimmung und verlorenem Empire.

In Italien wiederum profitiert das Movimento 5 Stelle von der Verdrossenheit mit politischer Korruption und Instabilität. Die Österreicher hingegen haben genug von politischer Stabilität in der Form einer ewig währenden Großen Koalition und wenden sich somit den Rechtspopulisten der FPÖ zu.

Moment mal. Wenn in fast allen europäischen Ländern ähnliche Strömungen zu beobachten sind, dann reichen länderspezifische Erklärungsversuche offensichtlich nicht mehr aus. Über die tieferen Ursachen dieser politischen Bewegung, die jetzt an den Grundfesten des europäischen Einigungsprojektes zerrt, haben wir allerdings noch keine Klarheit.

Eine Erklärung wäre, dass wir hier eine verspätete Reaktion auf die Finanzkrise beobachten. Entgegen landläufiger Meinung bestraften die Wähler/innen ihre Regierungen für Banken-Bailout und Arbeitsplatzverlust nicht auf dem Höhepunkt der Krise. Dann flüchten sie sich lieber in die Sicherheit etablierter Parteien oder sogar unparteiischer Expertenregierungen.

Dem Unmut machen sie erst Luft, wenn das Schlimmste vorüber ist, und dann bevorzugt, indem sie sich rechtspopulistischen Parteien zuwenden. Historische Studien belegen aber auch, dass sich das politische System in der Regel zehn Jahre nach der Krise wieder normalisiert hat.

Das wäre unser optimistisches Szenario. Die Populisten würden in den kommenden Jahren quasi von selber wieder verschwinden. Das weniger hoffnungsvolle, derzeit aber plausiblere Szenario ist, dass wir es mit strukturellen Veränderungen in der pluralistischen Demokratie zu tun haben. Diese waren bereits vor der Krise sichtbar,

zum Beispiel im schwindenden Stimmenanteil der großen Volksparteien. Sie wurden durch die Krise noch verstärkt und werden uns wohl noch auf viele Jahre hinaus beschäftigen.

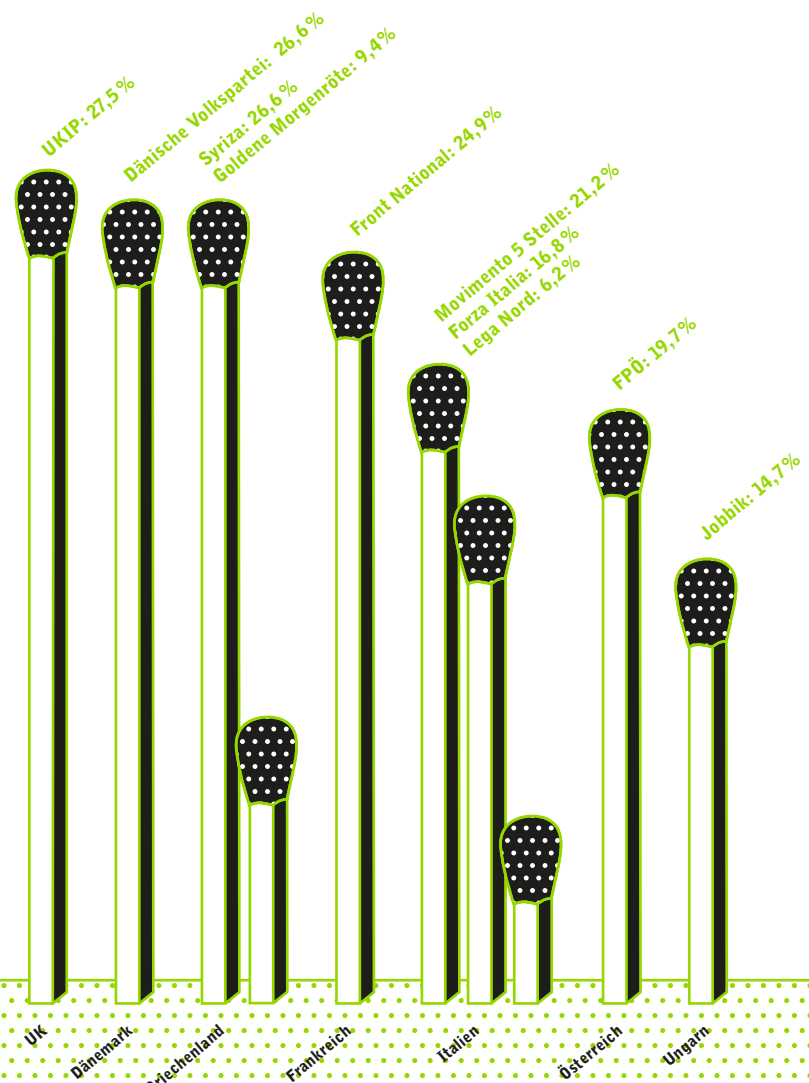
Eine beliebte Erklärung ist, dass die Populisten auf einer Welle der Globalisierungsangst Richtung Macht geschwemmt werden. Weder Meinungsumfragen zu Außenhandel und Offenheit noch Statistiken über Einkommensverteilung können das Erstarken der Populisten überall in Europa zu just dieser Zeit erklären. Rein ökonomische Ansätze greifen also zu kurz.

Vielmehr scheint ein eher vages Empfinden über wachsende Ungerechtigkeit und zunehmende Komplexität ein Verlangen nach Status und Zugehörigkeit zu schüren. Für viele Menschen ist die Welt heute unübersichtlich. Sie fühlen sich hilflos und unterrepräsentiert. Sie sehnen sich nach den Gewissheiten vergangener Jahrzehnte.

Identität, Werte, nationale Kultur, feste Grenzen – das sind die Schlachtrufe der Populisten, nicht sozialpolitische Maßnahmen und bessere Handelspolitik. Unsere etablierten Parteien mit ihren ausgeklügelten Programmen und Kompromissfindungsprozessen haben dem derzeit wenig entgegenzusetzen.

Der Ruf nach «mehr Europa» geht ins Leere

Was bedeutet das für die Zukunft Europas? Die populistischen Parteien – von Podemos in Spanien über den Front National in Frankreich bis hin zu Syriza in Griechenland – sind sehr unterschiedlich. Was sie eint, ist ihre Ablehnung der EU, ihrer kodifizierten Werte und Arbeitsweisen. Obwohl ein Viertel der Europaabgeordneten bereits heute populistischen und euroskeptischen Parteien angehört, haben diese kaum Einfluss auf die Politikgestaltung in Brüssel. Sie



Populisten im EU-Parlament

benutzen ihren Sitz im Europaparlament höchstens mal für eine Brandrede Richtung Heimat. Ausschussarbeit ist nicht ihre Sache.

Viel größeren Einfluss auf die EU üben sie über die Mitgliedsländer aus. Sie können – oft mit Recht – behaupten, als Einzige eine zunehmend europakritische Stimmung im Volk zu vertreten. Eine Umfrage des US-amerikanischen Pew Research Center vom Juni 2016 zeigt, dass etwa 60 Prozent der Franzosen und fast die Hälfte aller Deutschen, Spanier und Holländer die EU heute eher negativ sehen. Kein Wunder, dass sich nur noch wenige Politiker/innen aus den etablierten Volkspartien trauen, offen für die EU einzutreten. Vielmehr steigt die Versuchung, sich durch Volksabstimmungen aus der politischen Verantwortung zu ziehen – selbst wenn diese, wie bei der Brexit-Entscheidung in Großbritannien, aber auch beim holländischen Referendum über den Handelsvertrag mit der Ukraine und bei der in Ungarn anstehenden Abstimmung über die Verteilung von Geflüchteten, das bereits Erreichte wieder in Frage stellen.

Eine dysfunktionale EU können wir uns im Licht unserer vielfältigen Bedrohungen und Herausforderungen nicht leisten – von Klimawandel und Flüchtlingskrise über die politischen Verwerfungen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft bis hin zur Gefahr, im digitalen Zeitalter abgehängt zu wer-

den. Gleichzeitig geht der traditionelle Ruf nach «mehr Europa», der uns bislang noch aus jeder Krise geführt hat, ins Leere. Im Gegenteil, die etablierten Parteien werden und müssen sich jetzt in erster Linie um die Sorgen ihrer Wähler/innen zu Hause kümmern. Die europäische Integration ist in diesem Umfeld nicht mehr Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck.

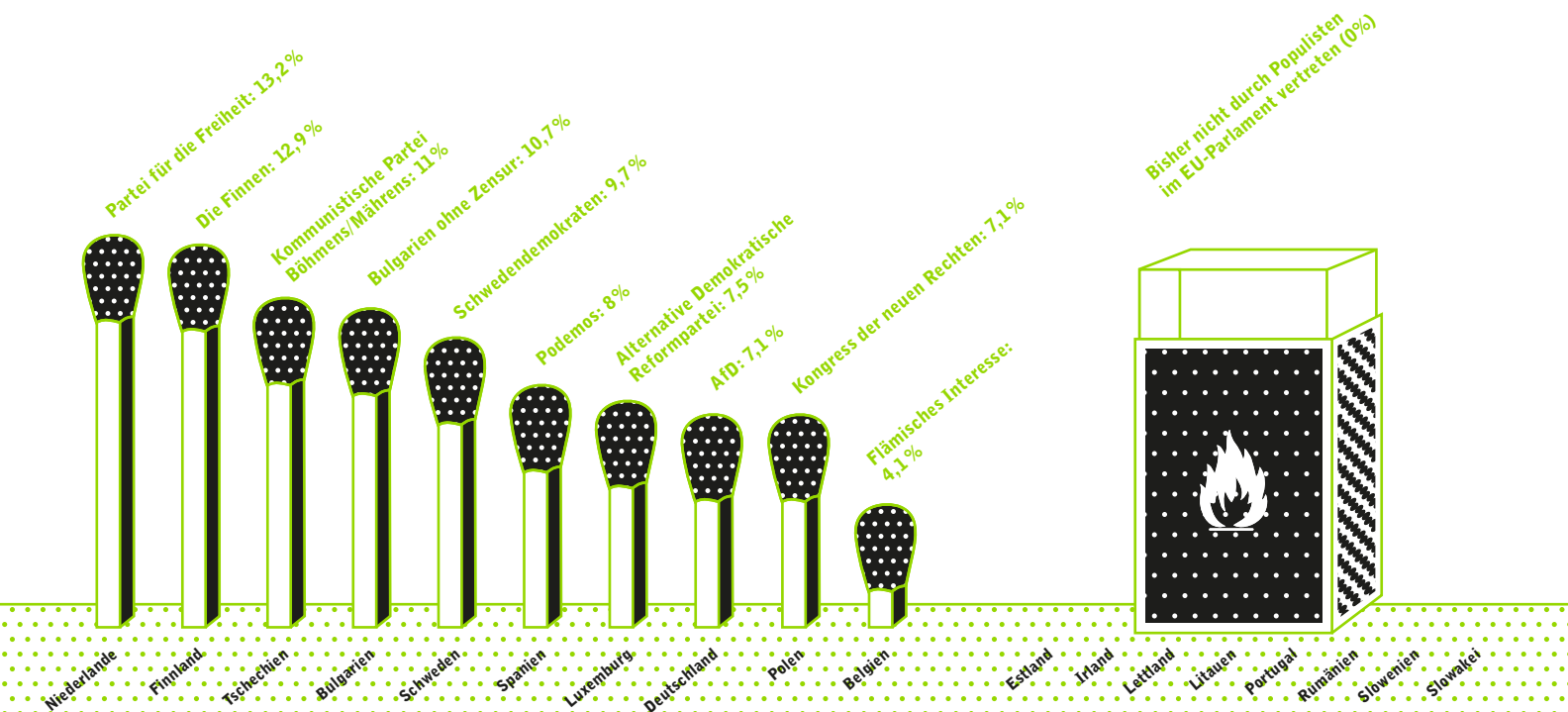
Das heißt aber nicht, dass die EU dabei ist sich aufzulösen. Die qualvollen Gespräche über das Wie und Wann des Brexit zeigen ja gerade, wie schwer es ist, Jahrzehnte gemeinsamer Politikgestaltung und Gesetzgebung wieder rückgängig zu machen. Auch wenn die EU in den nächsten Jahren weder neue Verträge aushandelt noch zusätzliche Institutionen baut – sie wird weiter bestehen und funktionieren.

In der Zwischenzeit hat die EU eine großartige Gelegenheit, sich als Krisenmanagerin und Problemlöserin zu profilieren. Europas nationale Politiker/innen müssen die EU dafür nicht lieben. Sie müssen aber den Mut und Willen zeigen, sich an die in Brüssel hart erkämpften Kompromisse zu halten und diese auch als solche zu Hause zu verkaufen. ■■■

Katinka Barysch ist Director of Political Relations bei Allianz SE und war davor stellvertretende Direktorin des Centre for European Reform in London. Der Beitrag ist ihre persönliche Meinung.



Gesamtanteil Populistischer Parteien im EU-Parlament



Europäische Umbrüche

Grundrechtsverletzungen sind in Europa nichts Neues. Man denke an so manchen Angriff auf die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien in Italien und Frankreich, an staatliche Korruption und Klientelismus in Griechenland, Rumänien und anderswo. Das Vorgehen der nationalpopulistischen Regierungen in Ungarn und Polen hat allerdings eine neue Qualität. Beide Regierungen treten offensiv für ein anderes, nämlich «illiberales» Demokratiemodell ein. Eine Mehrheitsherrschaft, die die plurale Gesellschaftsordnung mit kritischer Gegenöffentlichkeit und garantierten Minderheitenrechten infrage stellt. Dieses Ziel versuchen sie mit einem Staatsumbau zu erreichen, der die Freiheit von Verfassungsgerichtsbarkeit, Justiz und Medien nachhaltig einschränken soll. Inwieweit tangiert diese Entwicklung die Gemeinschaft der europäischen Staaten? Und wie soll sie darauf reagieren?

In ihrem Kern als Wertegemeinschaft bedroht

Die Europäische Union ist ein Verbund demokratisch verfasster Rechtsstaaten, eine Gemeinschaft von Demokratien. Beides ist Voraussetzung einer freiwilligen Integration. Nur die transparenten, oft schwer-

fällig wirkenden demokratischen Verfahren schaffen ausreichend Vertrauen in die übrigen Mitglieder des Staatenverbunds, das es den Nationalstaaten ermöglicht, ihr höchstes Gut – Souveränität – abzugeben. Der Staatenverbund der EU ist damit einzigartig in der Welt. Wird in einem Mitgliedstaat Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingeschränkt, so trifft es die Gemeinschaft in ihrem Kern und bedroht die Grundlage ihres Miteinanders. Alle EU-Staaten haben deshalb ein hohes Eigeninteresse, dass die demokratische Rechtsstaatlichkeit nicht verletzt wird.

Gebundene Hände

Doch ist die Handhabe der EU als Staatengemeinschaft eingeschränkt. Denn anders als bei EU-Beitrittskandidaten, die die strengen Kopenhagener Kriterien erfüllen müssen, um Mitglied der EU zu werden, verfügt die EU über weniger schlagkräftige Instrumente, wenn es darum geht, undemokratischen Entwicklungen in ihren Mitgliedstaaten entgegenzutreten. Dies gilt umso mehr in Zeiten zunehmender Unstimmigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten, die an den Grundfesten der EU rühren (Stichwort: Eurokrise, Migrations- und Asylpolitik, Umgang mit dem Austrittsbeschluss Großbritanniens). Auch angesichts der um sich greifenden EU-Skepsis ist die Legitimität der EU, gegenüber ihren Mitgliedstaaten zu intervenieren, eher geschrumpft als gewachsen.

Bislang nur wenig erfolgreich

Aussitzen, Dialog, Sanktionen ... So unterschiedlich die bisherigen Erfahrungen sind, so gemischt ist auch die Bilanz. Wenig erfolgreich, genauer: kontraproduktiv, war der erste Fall einer Intervention. Als im Februar 2000 die österreichische ÖVP eine Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ einging, beschlossen die übrigen 14 EU-Staaten, die bilateralen Kontakte zu Österreich auf Regierungs- und Arbeitsebene zu reduzieren. Es handelte sich zwar nicht um einen EU-Beschluss – dagegen hätte Österreich ein Veto einlegen können. Auch richtete er sich nicht gegen akute Grundrechtsverletzungen, sondern war präventiv gefasst worden und wurde bereits nach einem halben Jahr wieder aufgehoben. Doch gilt dieser gescheiterte Versuch bis heute als abschreckendes Beispiel für Interventionen der EU gegenüber ihren Mitgliedstaaten in puncto Rechtsstaatlichkeit. Diese Erfahrung gilt – neben der besonderen historischen Belastung der deutsch-polnischen Beziehungen – auch als Grund dafür, warum die Bundesregierung gegenüber der seit Herbst 2015 amtierenden polnischen Regierung mit besonderer Vorsicht agiert.

Als besonders anfällig für eine Politisierung hat sich das Europäische Parlament erwiesen. Dies zeigte sich im Falle Ungarns. Während die europäischen Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen Sanktionen

Wie die EU sich gegen undemokratische Entwicklungen in ihrem Inneren wehren kann.

Aussitzen, Dialog, Sanktionen

forderten und den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán bei dessen Auftritten im Europäischen Parlament scharf kritisierten, stellte sich die Fraktion der Europäischen Volkspartei, der Orbáns Partei Fidesz angehört, weitgehend hinter diesen und wies die Kritik an der 2010 neu eingeführten ungarischen Verfassung zurück. Eine Zweidrittelmehrheit, notwendig für die Zustimmung zu Sanktionen, war ohne die Stimmen der großen EVP-Fraktion aussichtslos.

Artikel 7 EUV – Zu scharf zum Schießen

Dabei verfügt der EU-Vertrag über eine scharfe Waffe. Im Amsterdamer Vertrag von 1997, der die EU mit einer vertieften Integration auf die bevorstehende Erweiterung vorbereiten sollte, wurde in Artikel 7 erstmals ein Verfahren zur Aussetzung der Rechte eines Mitgliedstaats festgelegt (einschließlich der Stimmrechte im Rat), wenn dieser schwerwiegend und nachhaltig die vertraglich geschützten Grundwerte verletzt. Doch gilt es aufgrund der hohen institutionellen Verankerung und der sehr hochgelegten Hürden – Einstimmigkeit im Rat und Zweidrittelmehrheit im Europäischen Parlament – als unwahrscheinlich, dass dieser auch als «nuclear option» bezeichnete Artikel zur Anwendung kommt. Die Gefahr der politischen Eskalation wird als zu hoch eingeschätzt.

Dem Recht mit Recht zur Geltung verhelfen

Erfolgreichere Interventionen waren bisher allenfalls die entpolitisierten, oftmals komplizierten und bürokratisch wirkenden rechtlichen Verfahren. Abgeleitet von den erfolgreich erprobten Dialog- und Vertragsverletzungsverfahren des Binnenmarktes, bei denen der Europäische Gerichtshof (EuGH) angerufen wird, drohte die Europäische Kommission Ungarn nach der Staatsreform, die die Regierungspartei von Ministerpräsident Orbán im Jahr 2010 mit ihrer Zweidrittelmehrheit in nur wenigen Monaten umgesetzt hatte, mit der Eröffnung solcher Verfahren in vier Fällen, die über die gängigen wirtschaftsrechtlichen Streitigkeiten hinausgingen und Fragen der Grundwerte berührten. Es ging um die Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten sowie der Notenbank, vor allem aber der Justiz und der Medien. Gegen Änderungen des ungarischen Wahlrechts, die durch einen Neuzuschnitt der Wahlkreise die Chancen des regierenden Fidesz auf einen erneuten Sieg bei künftigen Wahlen erhöhten, hatte die Europäische Kommission hingegen keine Handhabe. Die Bilanz der Intervention der Kommission ist gemischt: Zwar änderte Ungarn das Mediengesetz und nach längerem Streit auch das Gesetz zur Notenbank, noch bevor die Kommission das Verfahren tatsächlich eröffnete. Insgesamt konnte die Kommission jedoch die autokratische Entwicklung in Ungarn nicht stoppen.

«
Die EU gründet auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch diese zentralen Voraussetzungen ihrer Existenz kann sie nicht selbst schaffen.
»

Frühwarnsystem als Schritt in die richtige Richtung?

Als Reaktion auf die Entwicklungen in Ungarn wurde 2014 ein dem Artikel 7 vorgeschaltetes Frühwarnsystem «zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit» eingeführt, das es der Europäischen Kommission erlaubt, mit dem betreffenden Mitgliedstaat einen Dialog aufzunehmen. Dieses EU-rechtlich nicht unumstrittene Frühwarnsystem ist politisch aber weniger heikel. Im Januar 2016 eröffnete die Europäische Kommission erstmals ein solches Vorverfahren gegen Polen. Die Kommission sah die von der Regierung und ihrer Parlamentsmehrheit angestrebte Entmachtung des polnischen Verfassungsgerichts als Verletzung der Grundwerte der EU. Ob sie damit erfolgreich sein wird, wird sich zeigen.

Stärkung der Selbstheilungskräfte im Land

Die EU gründet auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Doch diese zentralen Voraussetzungen ihrer Existenz kann sie nicht selbst schaffen. Auch ihre Mittel, die Einhaltung in den Mitgliedstaaten durchzusetzen, sind äußerst beschränkt. Dem Recht mit Recht zur Geltung zu verhelfen, ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung. Derzeit wird darüber diskutiert, jährliche Grundrechte-Berichte für alle Mitgliedstaaten einzuführen.

Die Reaktionen der polnischen und der ungarischen Regierung auf die Interventionen der Europäischen Kommission zeigen allerdings, dass rechtliche Verfahren allein wohl nicht helfen werden, wenn sich in einem Land große politische Mehrheiten für einen Demokratieabbau finden. Sie werden EU-Interventionen als unzulässige Einmischungen in ihre nationalen Angelegenheiten verurteilen. So war Orbán sehr erfolgreich darin, jegliche Kritik der EU als anti-ungarisch abzutun. Daher ist es ratsam, die in ihren Rechten und Freiheiten bedrohte Zivilgesellschaft transnational zu unterstützen, um so die Selbstheilungskräfte im Land selbst zu stärken. Denn nachhaltig können rechtsstaatliche Fehlentwicklungen letztlich nur durch neue politische Mehrheiten behoben werden. Gerade in Zeiten, in denen vielerorts mit starken rechtspopulistischen Kräften zu rechnen ist (man denke nur an Frankreich oder die Niederlande), ist es für das vereinte Europa wichtiger denn je, sich wehrhaft gegen die Gegner einer pluralen offenen Gesellschaft zu stellen. ■■■

Dr. Christine Pütz ist Referentin für die Europäische Union bei der Heinrich-Böll-Stiftung.

Populistische Herausforderungen

Die Demokraten repräsentieren eine Gesellschaft der modernen Transformation, die Republikaner eine Gesellschaft der kulturellen Restauration. Die Zukunft liegt bei Ersteren, die Mehrheit (noch) nicht.

Die Spaltung der



Von **Bastian Hermisson**

Die USA im Jahr 2016 sind ein verunsichertes und tief gespaltenes Land. Viele Menschen vertrauen den politischen Institutionen nicht mehr. Wirtschaftspolitisch wirkt die Finanzkrise von 2007–2008 bis heute nach. Die seit Jahren schrumpfende Mittelschicht hat Zukunftsorgen und Abstiegsängste. Arbeitsplätze werden unsicherer, die Lebenshaltungskosten steigen fast überall schneller als die Löhne. Zudem führt der Niedergang der verarbeitenden Industrie seit den 1960er Jahren zur Perspektivlosigkeit breiter schlechter ausgebildeter Schichten.

Außenpolitisch leben viele Amerikanerinnen und Amerikaner seit dem 11. September nicht nur mit der Angst vor Terrorismus, sondern auch unter dem Eindruck eines schleichenden globalen Machtverlusts der USA.

Hinzu kommt seit Mitte der 1990er Jahre eine zunehmende Polarisierung der Politik, in besonderem Maße durch die Republikaner. Es gibt kaum mehr Kompromissbereitschaft, gegenseitige Blockaden machen umfassende politische Reformen fast unmöglich. Die Wählerschaft ist gleichfalls polarisiert und bewegt sich fast ausschließlich in parallelen Medien- und Lebenswelten.

Katalysiert durch diese Entwicklungen treten in den USA in diesem Jahr auf bei-

den Seiten des politischen Spektrums starke populistische Strömungen hervor.

Sowohl Bernie Sanders als auch Donald Trump hatten Erfolg mit dem Verweis auf die größtmögliche Distanz zur etablierten Politik. Eine Gefahr dieses radikalen Anti-Establishment-Diskurses besteht darin, dass die für jede Demokratie überlebensnotwendige Fähigkeit zum Kompromiss diskreditiert wird ebenso wie die politischen Institutionen an sich.

Der rechte wie linke Populismus in den USA ähnelt sich in der Tendenz zu Renationalisierung und Abschottung als Konsequenz einer wirtschaftspolitischen Globalisierungskritik. Bei Trump wird der ökonomische Protektionismus zudem um außenpolitische Abgrenzung und Härte ergänzt, vom Mauerbau zu Mexiko bis zum verschärften Einsatz von Folter.

Hinzu kommt auf rechter Seite ein völkischer Populismus. Nach dem Vorbild von Richard Nixon führt Trump den Wahlkampf als gesellschaftlichen Kulturkampf. Weiße, die 1968 noch 90 Prozent der US-Bevölkerung ausmachten, stellen heute nur noch gut 60 Prozent. Frauen und Minderheiten haben an gesellschaftlicher und politischer Relevanz kontinuierlich hinzugewonnen. Das wird von vielen, vor allem männlichen, älteren und schlechter ausgebildeten Weißen als Bedrohung wahrge-

nommen. Die daraus resultierenden Ängste instrumentalisiert Trump mit offenem Rassismus, Sexismus und Diskriminierung in alle Richtungen, unter dem Deckmantel des Kampfes gegen überbordende politische Korrektheit.

In diesem Wahlkampf wird so mehr als zu jedem Zeitpunkt der letzten Jahrzehnte die kulturelle und politische Spaltung der USA deutlich. Die Demokraten repräsentieren eine Koalition der Transformation, bestehend aus Minderheiten, Millenials, höher Gebildeten und Frauen, welche dem demografischen und kulturellen Wandel des Landes offen gegenüberstehen, auch weil sie sich versprechen, von diesem Wandel zu profitieren. Demgegenüber stehen die Republikaner mit einer Koalition der Restauration, die diesen Wandel mit Angst betrachten und aus Teilen der Arbeiterklasse bestehen sowie aus älteren, religiöseren und tendenziell ländlich situierten Weißen.

Die mittelfristige Zukunft des Landes liegt demografisch eindeutig auf Seiten der Transformation. Die US-Gesellschaft wird kontinuierlich vielfältiger und progressiver. Damit die moderne Transformation der Gesellschaft friedlich gelingt, wird es aber zum einen notwendig sein, diejenigen Teile der Gesellschaft einzubinden, die sich wirtschaftlich oder kulturell abgehängt und verunsichert fühlen. Zum anderen müssen die politischen Institutionen es schaffen, wieder Vertrauen zurückzugewinnen. Das geht nur, wenn sie vermitteln, dass sie wirtschaftliche, soziale und innere Sicherheit gewährleisten können, und Kompromissfähigkeit wieder



zu einer politischen Tugend erklären. Dies wird angesichts der Spaltung der Gesellschaft auch im besten Fall ein langer Weg, der mit dieser Präsidentschaftswahl erst am Anfang steht. ■■

Bastian Hermisson leitet das Washingtoner Büro der Heinrich-Böll-Stiftung.

Der linke Populismus von Syriza, Podemos, Corbyn und Co. setzt die etablierten Parteien unter Druck. Diese begingen jedoch einen Fehler, wenn sie diese Gruppierungen nur als ihre Gegner betrachteten.

Bündnispartner der klassischen Mitte-links-Parteien

Von **Robert Misik**

Es ist heute üblich geworden, Parteien wie Syriza oder Podemos, Kampagnen wie die von Bernie Sanders oder sogar die Labour-Führung von Jeremy Corbyn, Grassroots-Bewegungen wie Occupy Wall Street oder die von Nuit Debout linkspopulistisch zu nennen.

Die Frage ist: Worauf kann sich der Populismus-Vorwurf eigentlich gründen, und gibt es in dieser Hinsicht überhaupt etwas, was die genannten politischen und Bewegungsprojekte gemeinsam charakterisiert?

Nun, es ist gewiss so, dass jede dieser politischen Formationen gelegentlich etwas zugespitzt formuliert. Es kommt sogar vor, dass so überspitzt formuliert wird, dass es schon fragwürdig wird, etwa wenn in Griechenland der Kampf gegen die Austeritätspolitik als Fortsetzung des nationalen Befreiungskampfs gegen die Okkupation dargestellt wird. Man kann das populistisch nennen. Aber man kann das auch nur dumm nennen – und dann die Frage anschließen, welche politische Partei nicht gelegentlich etwas Dummes sagt. Also, auf diese Weise kommt man nicht wirklich weiter.

Wir kommen der Sache schon näher, wenn wir bedenken, dass es sich bei allen diesen Parteien um mehr oder weniger radikale Oppositionsbewegungen handelt. Sie stellen sich als die Outcasts dar, als diejenigen, die von jenseits des politischen Establishments kommen. Politische Missstände, von der wachsenden Ungleichheit bis zur endemischen Korruption, werden mehr oder weniger präzisierten «etablierten Eliten» angelastet. Diese neuen linken Bewegungen konstruieren also ein «unten» gegen ein «oben». Podemos spricht von «La Casta» und meint damit das Establishment des Post-Franco-Spaniens, die Occupy-Bewegung wurde legendär mit dem Slogan «Wir sind die 99 Prozent», womit eine imaginäre Einheit des normalen Volkes gegen das obere eine Prozent als Bild evoziert wurde.

Die Konstruktion eines «Wir»

Ein zweites und damit zusammenhängendes Indiz für die Populismus-Diagnose ist, dass auf solche Weise versucht wird, eine Einheit zu konstruieren – ein «Wir». Die Konstruktion eines «Wir» setzt immer die gleichzeitige Konstruktion eines «Sie» voraus. Diese diskursive Etablierung ist immer mit Strategien des Ausschlusses verbunden. Nun könnte man beide Strategien als ausreichend ansehen, um die Populismus-Diagnose zu stützen.

Die belgisch-britische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe macht sich seit Jahren für einen solchen Populismus stark – sie meint sogar, dass gerade ein solcher Populismus der Kern des Politischen ist. Die Alternative wäre eine entpolitisierte Technokratenpolitik, die die kommunikativen Fäden zu den normalen Menschen verliert und damit gerade für jene politischen Pathologien verantwortlich ist, die sie beklagt, wenn sie auf den verdammungswürdigen Populismus mit dem Finger zeigt.

Populismus ist nicht eine politische Logik unter einer Reihe verschiedener politischer Logiken, er ist, wenn man ihn richtig versteht, «die politische Logik». Die technokratische Logik ist nicht eine alternative politische Logik, sondern sie ist eine unpolitische Logik, die den normalen Leuten keinen Platz mehr in der politischen Arena zugesteht, sondern auf verwalterische Weise über stummgemachte Bürger herrscht. Das begründet die seltsame Verwandtschaft des Pragmatismus mit dem Autoritarismus. Der Pragmatismus braucht keine Bürgerinnen und Bürger, die sich beteiligen, weil die nur stören würden. «Wir müssen Populismus als den Weg betrachten, die Einheit einer Gruppe erst zu konstituieren», schrieb Mouffes langjähriger Partner, der jüngst verstorbene argentinisch-britische Philosoph Ernesto Laclau, in seinem Buch «On Populist Reason» («Über populistische Vernunft»). Das Volk, das der Populismus adressiert, existiert nicht bereits,

Populistische Herausforderungen

es wird durch ihn erst erschaffen. Oder zusammen-geschweißt, um es salopp zu sagen. Der Populismus spricht nicht alle Bürgerinnen und Bürger an, also den *populus*, sondern vor allem die *plebs*, die Unterprivilegierten, die bisher nicht gehört werden. Aber er ist mehr als das, er ist eine politisch-rhetorische Operation, die postuliert, dass «die *plebs* der einzig legitime *populus* ist» (Laclau), und die die demokratischen und die sozialen Rechte der normalen Leute gegenüber den Eliten und den Oligarchen artikuliert. Populismus ist «die Stimme derer, die aus dem System exkludiert sind». Er stiftet relative Identität unter heterogenen Gruppen, den Gruppen jener, die sich angesprochen fühlen. Populismus, so verstanden, ist eine widerständige (gegen-)hegemoniale Strategie gegen die Hegemonie der neoliberalen Postpolitik. Laclau: Nur der Populismus «ist politisch; der andere Typus bedeutet den Tod der Politik».

Der deutsche Populismus-Forscher Jan-Werner Müller sieht das in gewisser Hinsicht genauso, aber zugleich exakt andersrum, denn er meint, dass dies noch lange nicht ausreicht, um eine Populismus-Diagnose zu erstellen. Eine Art Konfrontationspolitik gegen etablierte Eliten sei doch nicht Populismus, sondern eine normale Oppositionsstrategie. Wäre das schon Populismus, «stünde jeglicher Dissens mit den Mächtigen immer sofort unter Populismusverdacht». Und auch «nicht jede Konstruktion eines Kollektivs ist Populismus», meint Müller.

Beides – eine radikale Oppositionsstrategie gegen die herrschende Kaste und die Etablierung eines «Wir» der einfachen Leute – sei doch genau das, was die europäische Sozialdemokratie getan hatte, bevor sie selbst zum Establishment wurde. Oder überspitzt formuliert: Es ist genau die Strategie, die sie so erfolgreich machte, dass sie selbst zum Teil der Elite wurde, weshalb diese Erfolgsstrategie jetzt nicht mehr richtig funktioniert.

Man könnte also auch sagen, was diese Bewegungen auszeichnet ist das, was die etablierte Linke verloren hat: oppositionellen Schwung, Leidenschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl. Und vor allem: das Selbstbild, eine Kraft entschiedener Veränderung zu sein.

Die Widrigkeiten populärer Strategien

Betrachtet man die Dinge näher, dann gibt es natürlich Schwierigkeiten und Grenzen dieser populären Strategien. Erstens: Diese Bewegungen konstituieren ein «Wir» völlig heterogener Milieus, sozialer Gruppen und Aktivistenzirkel. Es ist ein pluralistisches «Wir», das sich gegen Homogenisierung gleichsam sträubt. Ein progressives «Wir» in post-konformistischen und dezentrierten Gesellschaften. Es ist gewissermaßen eine Antwort auf ein Problem, vor dem heute alle progressiven Kräfte stehen: Wie bringt man völlig unterschiedliche Menschen dazu, sich als «Ähnliche» zu betrachten, die gemeinsam an einem Strang ziehen?

«
Diese Be-
wegungen
zeichnet aus,
was die eta-
blierte Linke
verloren hat:
oppositionel-
len Schwung,
Leidenschaft
und Zusam-
mengehörig-
keitsgefühl.
»

Zweitens: Mitte-links-Parteien, wenn sie auch nur annähernd mehrheitsfähig sein wollen, müssen ein breites Spektrum unterschiedlicher Milieus aneinander binden, und das ist gar nicht so einfach. Eine populäre, simplifizierende Rhetorik erleichtert es möglicherweise, das eine Milieu zu gewinnen, stößt aber das andere zugleich ab. Insofern ist eine zu grob zugeschlagene Schwarz-Weiß-Rhetorik objektiv für linke Bewegungen nicht unbedingt ein Königsweg zum Erfolg – ganz anders als etwa für rechtspopulistische Formationen.

In jedem Fall sind die neuen linken Bewegungen natürlich Bündnispartner für die klassischen Mitte-links-Parteien, auch wenn sich das von Land zu Land anders darstellt: Gerade da, wo man direkt und hart um Wählerinnen und Wähler konkurriert, neigt man dazu, sich mehr als Gegner denn als Partner zu sehen – etwa in Deutschland oder auch in Spanien. In Ländern, in denen die neue Linkspartei de facto die anderen Mitte-links-Parteien ersetzt hat, wie etwa in Griechenland, sieht das signifikant anders aus. Corbyns Labour-Party wiederum hat ihre sehr eigenen Probleme und in den USA muss die Demokratische Partei jetzt die politischen Energien, die Bernie Sanders weckte, für den Wahlsieg von Hillary Clinton nutzen – auch keine leichte Operation, antielitäre Leidenschaften auf die Mühlen einer Elitenpolitikerin zu lenken. Im europäischen Konzert ist die Syriza-Regierung längst Partner jener Sozialdemokratien, die links vom Mittelweg stehen und auch etwa der portugiesischen Linksbewegung.

Vor allem aber sind diese Parteibewegungen ein Exempel, von dem man etwas lernen kann: Sich akzentuierter zu artikulieren, weil man mit vorweggenommenen Kompromissen und kleinmütiger Vernünftigkeit kaum jemanden begeistern wird; dass Glaubwürdigkeit überhaupt der höchste Wert ist; dass man Parteien wieder zu Bewegungen machen muss; und dass man als linke Partei als Kraft der Veränderung angesehen werden muss, und nicht bloß als Partei der Verwaltung oder gar der Perpetuierung des Stillstands. ■■■

Robert Misik lebt als freier Publizist in Wien. Er betreibt den Blog → www.misik.at



Die Neue Rechte hat die Identität als politische Kategorie für sich entdeckt und kann sich dabei auf einen prominenten Vordenker berufen, der auch unter Linken Anhänger hatte.

Das Eigene und das Fremde

Von **Micha Brumlik**

Derzeit versucht der intellektuelle Zweig der Neuen Rechten, die sogenannte Identitäre Bewegung¹, die sich vom Ruch des Rassismus freimachen und daher das bereits mehr als zwanzig Jahre alte Programm des «Ethnopluralismus» revitalisieren will, eine neue politische Leitdifferenz zu etablieren: Das «Eigene» und das «Fremde», und zwar so, dass sie programmatisch darauf verzichtet, eine Rangordnung unterschiedlicher Kulturen aufzustellen, dafür aber umso massiver darauf beharrt, ein «Eigenes» in seiner Reinheit zu bewahren. Daher stellt sich die identitäre Bewegung gegen Immigration, gegen Multikulturalismus und nicht zuletzt gegen das, was sie für die Islamisierung Europas hält, und kündigt daher auch den menschenrechtlichen Universalismus auf. «Der Sammelbegriff «Mensch» ist», so etwa

Walter Spatz, «in seiner identitären Bedeutsamkeit nur für die jeweiligen Völker angebracht. Einen weltweiten An- und Zuspruch gibt es nicht. Dieser ist letztlich Ausdruck der Machenschaft einer abstrahierten Idealität, die uns vom Eigenen trennt.»²

So weiß sich die identitäre Bewegung einig in ihrem Widerstand gegen die «angloamerikanisch dominierte Lebensart», gegen Globalisierung, «Kulturindustrie» und «Mediokratie», eine Bewegung, die dazu führe, «die Vielfalt der Völker zu negieren und ihre Selbstbehauptung und Selbstbesinnung zu verhindern»³.

Einer der wichtigsten Vordenker der identitären Bewegung ist der russische Philosoph und Soziologe Alexander Dugin (geb. 1962), der sich in die Spuren von Martin Heideggers Frühwerk «Sein und Zeit» aus dem Jahr 1927 stellt: «Westen und Osten, jede Konfession, ethnische Zugehörigkeit und Kultur», so Dugin, «haben ihre eigene Wahrheit. Wir haben jeden Grund, unsere Wahrheit mit anderen zu teilen, aber wir dürfen sie niemals durch Gewalt aufzwingen.»⁴ Dabei stellt Dugin konsequent mit Bezug auf Heidegger fest: «Dasein ist völkisch» und beruft sich dabei auf den lange übersehenen Paragraphen 74 aus «Sein und Zeit».

An Dugins Überlegungen zu Heidegger wird übrigens deutlich, dass es keineswegs erst der Heidegger der «Schwarzen Hefte» war, der sich ideell dem Nationalsozialismus angenähert hatte, sondern bereits der Autor von «Sein und Zeit». An der Rezeption dieses Buches ist u. a. klärungsbedürftig, warum der völkische, rechte Gehalt dieses Buches Heideggers Schülern und Freunden wie Herbert Marcuse, Karl Löwith und – last but not least – Hannah Arendt nicht aufgefallen ist. Dugin jedenfalls bezieht sich ausdrücklich auf «Sein und Zeit» und die Kategorie des «Daseins»: «The people is existence. Heidegger said: Dasein existiert völkisch ... To be, for concrete human beings, means first of all to be German, French, Russian, American, African» 



Populistische Herausforderungen

and soon ... The people is the reality closest to the essence of man.»⁵

Tatsächlich zitiert Dugin ungenau, bezieht sich aber grundsätzlich auf die entsprechenden Passagen in Heideggers «Sein und Zeit», nämlich auf den Paragraphen 74, in dem es heißt: «Wenn aber das schicksalhafte Dasein als In-der-Welt-sein wesentlich im Mitsein mit anderen existiert, ist sein Geschehen ein Mitgeschehen und bestimmt als Geschick. Damit bezeichnen wird das Geschehen der Gemeinschaft, des Volkes. Das Geschick setzt sich nicht aus einzelnen Schicksalen zusammen, sowenig als das Miteinandersein als ein Zusammenkommen mehrerer Subjekte begriffen werden kann. Im Mit-einandersein in derselben Welt und in der Entschlossenheit für bestimmte Möglichkeiten sind die Schicksale im vorhinein schon geleitet. In der Mitteilung und im Kampf wird die Macht des Geschickes erst frei.»⁶

Diese Sätze Heideggers sind – etwa bei Emmanuel Faye – bereits 2005⁷ sowie später bei Johannes Fritsche⁸ als tragende Motive einer letztlich völkischen und damit pro-nazistischen Philosophie erkannt worden. Tatsächlich werden diese Motive auch nicht erst im späteren Paragraphen 74, sondern bereits in der Exposition von «Sein und Zeit», in Paragraph 6 eingeführt. In diesem geht es Heidegger darum, eine objektivierende Betrachtung der Geschichte zurückzuweisen und klarzumachen, dass die je richtig ergriffene Vergangenheit dem «Dasein» vorausgeht, d. h. sein Schicksal in seiner Generation bestimmt – sofern dies Schicksal kämpferisch ergriffen wird. Damit wird schon bei Heidegger deutlich, dass das «Eigene» und das «Fremde» keine unaufgebbaren Vorbedingungen, die nicht zur Disposition der Subjekte stehen, darstellen, sondern Möglichkeiten, die entschlossen zu ergreifen sind. Was also kann heute sinnvollerweise das «Eigene» der deutschen Kultur heißen? Und in welchem Verhältnis steht dies «Eigene» zu jenen, die einmal als «Fremde» ausgrenzt wurden?

Es war ein eher konservativer Soziologe, Clemens Albrecht, der schon 1999 in einer umfangreichen, von mehreren Autoren verfassten Studie zur Geschichte der sogenannten Frankfurter Schule das Werk Theodor W. Adornos und Max Horkheimers als jenes herausgestellt hat, das das, was im besten Sinne als «deutsch» zu bezeichnen ist, hervorgehoben hat. «Als Juden, Remigranten, Sozialwis-

senschaftler und Linksintellektuelle gab es neben ihnen kaum andere Intellektuelle, die glaubwürdiger in der Rehabilitierung deutscher geistiger Traditionen waren. Eben weil der Faschismus für Horkheimer und Adorno kein spezifisch deutsches Phänomen ist, war die ... Kritische Theorie die einzige Position, durch die ein radikaler Bruch mit dem Faschismus ohne Bruch mit der eigenen kulturellen Identität möglich war.»⁹

Mit Clemens Albrechts Verweisen auf Horkheimer und Adorno stellt sich die Frage danach, was denn nun das «Eigene» ist, das es zu bewahren und zu verteidigen gilt, in erneuter Schärfe: Handelt es sich dabei um mehr und anderes als nur um eine vertraute Umgebung, um Essgewohnheiten oder den gewohnten Klang der Umgangssprache? Was genau ist es, was da als «ethnisch Eigenes» hochgehalten wird? Ein Blick auf die Geschichte von Kulturen und Gesellschaften hilft bei der Beantwortung dieser Frage auf jeden Fall nicht weiter: lässt sich doch zeigen, dass sich all das, was zu einem bestimmten, gegebenen Zeitpunkt als «Eigenes» gilt, allemal auch Ergebnis der Übernahme von Texten, Sitten und Symbolen anderer, jedenfalls in anderen Weltregionen existierenden Kulturen war und ist.

Der Bedeutungsgehalt der Begriffe des «Eigenen» und des «Eigentums» ist nicht so weit voneinander entfernt, wie es auf den ersten Blick erscheint. Ist doch das «Eigene» jenes, das zu mir gehört, mehr noch, das mir gehört. Das aber heißt nichts anderes, als dass es in der einen oder anderen Form von mir angeeignet wurde, in anerkannten gesellschaftlichen und institutionellen Akten, die – so jedenfalls das juristische Verständnis – bloßen «Besitz» in «Eigentum» überführen. Dann aber ist ein naturwüchsiger, essentialistischer Begriff vom «Eigenen» zu revidieren und konsequenterweise vom «Angeeigneten» zu sprechen – ob und warum jedoch welche kulturellen Gehalte von wem mit welcher Geltung angeeignet werden bzw. angeeignet werden sollen, ist dann nicht vorpolitisch Vor-Gegebenes, sondern jeweils Ergebnis streitiger, stets auch argumentativer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Der Philosoph Albrecht Wellmer hat das, was oben Clemens Albrecht mit Blick auf Horkheimer und Adorno angesprochen hat, die beide in der NS-Zeit als «Juden», also als «Fremde» ausgebürgert wurden, sogar noch deutlicher artikuliert:

«Innerhalb der kulturellen Szene der Bundesrepublik war Adorno mehr als ein vielbeachteter Kritiker und philosophischer Kommentator; er war vielmehr derjenige, der an den reaktionär verseuchten Traditionen der deutschen Kultur ihr Authentisches wieder freigelegt und dem Bewusstsein einer moralisch verstörten und in ihrer Identität gebrochenen Nachkriegsgeneration zugänglich gemacht hat. Es ist als ob alle Anstrengungen dieser von den Nazis vertriebenen Intellektuellen sich darauf gerichtet hätten, den Deutschen ihre kulturelle Identität zu retten: Mit Adorno wurde es in Deutschland wieder möglich, intellektuell, moralisch und ästhetisch gegenwärtig zu sein und doch Kant, Hegel, Bach, Beethoven, Goethe oder Hölderlin nicht zu hassen.»¹⁰

Micha Brumlik ist emeritierter Professor für allgemeine Erziehungswissenschaften an der Uni Frankfurt am Main.

¹ Vgl. Bruns, J. u. a. (2016): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Verlag Unrast Münster.

² Sellner, M./Spatz, W. (2015): Gelassen in den Widerstand. Ein Gespräch über Heidegger, Antaios Edition Schnellroda, S. 33.

³ Ebd., S. 51 f.

⁴ Dugin, A. (2014): Eurasian Mission. An introduction to Neo-Eurasian Theory, Arktos Media London.

⁵ Ebd., S. 115.

⁶ Heidegger, M. (1967): Sein und Zeit, Elfte, unveränderte Auflage, M. Niemeyer Tübingen, S. 384 f.

⁷ Faye, E. (2005): Heidegger. Die Einführung des Nationalsozialismus in die Philosophie, Matthes & Seitz Berlin.

⁸ Fritsche, J. (2014): Geschichtlichkeit und Nationalsozialismus in Heideggers «Sein und Zeit», Nomos Baden-Baden.

⁹ Albrecht, C. u. a. (1999): Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik, Campus Verlag Frankfurt am Main, S. 571.

¹⁰ Die Bedeutung der Frankfurter Schule heute, in: Honneth, A./Wellmer, A. (Hg.) (1986): Die Frankfurter Schule und ihre Folgen, Walter de Gruyter Berlin/New York, S. 26.

Interview

Ein Gespräch mit Prof. Dr. Heinz Bude über die Verbitterung in der Mittelklasse, die Misstrauenskultur des Populismus und die notwendige Achtsamkeit gegenüber Leuten, die einem politisch gar nicht sympathisch sind.

«Es mangelt an einer kooperativen Atmosphäre»

Michael Álvarez Kalverkamp im Gespräch mit Heinz Bude

Michael Álvarez Kalverkamp: Prof. Bude, Sie schreiben über die Macht von Stimmungen, über die Gereiztheit im Lande, die keine positive Idee der Zukunft mehr zulässt, über eine Misstrauenskultur, die den Populismus nährt. Ist diese Misstrauenskultur ein Moment, das gleichermaßen populistische Parteien der Rechten wie die AfD und die FPÖ wie als populistisch eingestufte Bewegungen der Linken, etwa Syriza oder Podemos, kennzeichnet?

Heinz Bude: Die erste wirklich erkennbare Misstrauensbewegung war keine rechte, es waren die Piraten. Deren politisch sozialisierendes Thema war Misstrauen. Jetzt redet über die kein Mensch mehr, weil offenbar diese Sorte des Misstrauens, die sich aus den Fährnissen der digitalen Welt speiste, dann doch zu speziell war. Die AfD ihrerseits greift sicherlich radikale Motivlagen in unserer Gesellschaft ab, dazu gehört ein relativ weit ausgebreitetes Misstrauen darüber, ob wir eigentlich richtig geführt werden, oder andersherum, ob die Politik noch in der Weise in der Lage ist, Befürchtungen, Atmosphären, Haltungen in der Gesellschaft aufzunehmen und zu repräsentieren. Die Misstrauensgesellschaft ist eine Form der politischen Orientierung oder Nichtorientierung, die wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und in den USA haben. Auch Podemos ist eindeutig eine Misstrauensbewegung. Es ist ein Misstrauen, das sich aus der Erkenntnis speist, dass Gesellschaften offenbar sehr



viel staatsbedürftiger sind, als wir immer glauben, und Staatlichkeit selber eigentlich ein Element von Misstrauen geworden ist. Die Demokratie lebte lange Zeit von einem diffusen Legitimitätsgefühl. Es gab viel zu kritisieren, aber am Ende sagten die Leute: Im Prinzip ist schon alles in Ordnung. Jetzt sagen das immer weniger Menschen. Sie sagen: Im Prinzip ist alles irgendwie nicht in Ordnung, es ist glitschig, unklar. Man weiß nicht, was daraus werden soll. Das ist schon eine Situation, die einen Resonanzraum für Populismus schafft.

Erklärt das den Populismus?

Das erklärt nicht das Entstehen von Populismus. Aber es ist eine Intensivierungsbedingung. Und das ist ja auch der interessante

Punkt, wenn wir über die AfD reden. Bei der sind natürlich viele Leute dabei, die dieses Systemmisstrauen mit sich herumtragen und gar nicht wissen wohin damit. Zum Beispiel ältere Ingenieure: Die sind schon bei den Protesten gegen Stuttgart 21 aufgefallen. Extremes Systemmisstrauen aus dem Gefühl heraus: Ich weiß eigentlich, wie man das besser machen könnte, aber mich fragt ja keiner!

Solche Haltungen haben sich so durchgewuselt und haben jetzt in der AfD eine Artikulationsadresse bekommen. Das konnte sich noch einmal intensivieren durch die Zuwanderungssituation. Das ist etwas, das die westlichen Gesellschaften im Augenblick ziemlich in Mitleidenschaft nimmt.

In der westlichen Gesellschaft hat jeder Mitspracherecht, es gibt eine entwickelte demokratische Kultur. Warum fühlen sich viele in einer Weise vernachlässigt, die sie hassen lässt?

Ich glaube schon, dass die deutsche Gesellschaft sich wirklich dramatisch verändert hat. Denken Sie mal: 1999 kommt dieser berühmte Artikel im *Economist*: Deutschland ist der wirkliche Problemfall in Europa. Die haben nichts kapiert, die Deutschen. 2015 sind wir der Musterknabe Europas und alle sagen: Die Deutschen haben alles richtig gemacht.

Dazwischen ist sehr viel passiert, zum Beispiel: Bei den Weltmarktführern, diesen hidden champions, kam es zu Personaleinsparungen im mittleren

Populistische Herausforderungen

Management. Diese Gruppe wurde zu einer Gruppe von Verbitterten, die im Grunde nur darauf gewartet hat, ihre Verbitterung irgendwie zu kollektivieren. Diese Spur der Verbitterung in der deutschen Mittelklasse darf man nicht unterschätzen. Die gibt es übrigens auch bei Leuten mit schwierigen Lebensbilanzen mit Anfang 40, die das Gefühl haben: Verglichen mit meinen Leuten, die aus einem ähnlichen Elternhaus stammen, einen ähnlichen Bildungsabschluss gemacht haben wie ich, stehe ich irgendwie doof da. Ich kann mir die Wohnung in Kreuzberg oder in München für 600.000 oder 800.000 Euro nicht leisten! Und muss Angst haben, dass ich aus dem Mietvertrag fliege. Wir haben diese Milieus besonders in Berlin, besonders in den Regionen in Deutschland, wo es nicht so brummt. Aber selbst da, wo es brummt, gibt es vermehrt dieses Gefühl: Ich hab irgendwas falsch gemacht.

Das ist eine der Begleiterscheinungen des ungeheuren Erfolgs der deutschen Gesellschaft in den letzten 18 Jahren. Er ging einher mit einer Veränderung der Arbeitswelt, einem Wandel der Geschlechterverhältnisse und der Bevölkerungsstruktur. Es haben sich an allen Ecken Dinge ereignet, die wahnsinnig wichtig waren und wo die Leute manchmal denken: Da sind welche, die haben das für sich genutzt, aber ich bin nicht mitgekommen. Warum habe ich das nicht so optimal für mich nutzen können?

Ist dieser Eindruck des «Zukurzgekommenenseins», wie er in einigen europäischen Ländern in der Flüchtlingsfrage anklang, auf Nationen übertragbar, ist er innerhalb Europas gar eine treibende Kraft?

Ja, weil es immer klarer wird, dass wir uns in einem großen Veränderungsprozess in der EU befinden. Die Logik der Profitierungsgemeinschaft für alle funktioniert nicht mehr, das wird gerade von den später Dazugekommenen mit ziemlichem Ärger zur Kenntnis genommen – nach dem Motto: Wir sind unter ganz anderen Bedingungen beigetreten. Es wurde gesagt: Ihr werdet auch profitieren! Und jetzt plötzlich heißt es: Nein, nein, das ist nicht nur eine Profitierungsgemeinschaft, sondern auch eine Hierarchiegemeinschaft, wo einige mehr profitieren als andere. Man könnte es fast als eine Neidsituation innerhalb der EU interpretieren, die natürlich noch dadurch verstärkt wird, dass Deutschland wahrscheinlich doch noch nicht so richtig ver-

standen hat, auch die deutsche Politik nicht, dass sie wirklich angewiesen ist auf die europäischen Nachbarn.

Sie haben gesagt: Stimmung kann man dadurch ändern, dass man andere Stimmung schafft.

Innerhalb der EU hat sich die Stimmung schon geändert. Es hat ja zur Jahreswende 2015/16 einen gewissen Hass auf Deutsch-

«
Diese Spur der
Verbitterung in der
deutschen Mittel-
klasse darf man nicht
unterschätzen.
»

land gegeben. Mittlerweile wird mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis genommen, dass wir jetzt auch ein Populismus-Problem haben. Aber unter der Hand ist, glaube ich, die Kooperationsbereitschaft gewachsen. Es ist inzwischen völlig klar, dass Griechenland den Schuldendienst nicht bedienen kann. Aber es ist eine andere Art Bereitschaft da, das Problem handhabbar zu lösen. Jeder weiß, dass die Schulden Griechenlands einfach bis ins Unendliche temporalisiert werden. Wir haben den

Schuldenschnitt, aber darüber darf man nicht so laut reden. Genauso wie über die EZB. Natürlich macht Mario Draghi eine offensive Entschuldungspolitik für die Südländer und die Ostländer Europas. Er macht dies, obgleich es die deutschen Sparer und Lebensversicherer natürlich teuer zu stehen kommt. Er macht es mit stillschweigender Billigung der Deutschen.

Wenn Sie Europa betrachten, gibt es da ein Modell, wie mit Rechtspopulisten umzugehen ist?

In Deutschland macht ja Kretschmann das Modell; er führt vor, wie das geht. Er sagt eine ganz simple Botschaft: Es hat keinen Sinn, jetzt eine innergesellschaftliche Feinderklärung vorzunehmen gegenüber 15 Prozent der Wählerinnen und Wähler. 3, 4 Prozent sind Nazis, davon sind auch welche in der AfD. Da muss man unmissverständlich kompromisslos sein, überhaupt keine Frage. Aber für die anderen 10 Prozent? Ich kann die doch nicht nach Madagaskar transferieren. Es braucht auch bei uns in der Gesellschaft eine Bereitschaft zur Kenntnisnahme von Leuten, die nicht so gut mitgekommen sind. Es wäre hilfreich, wenn wir eine Politik des Ignorierens von Schicksalen von Leuten, die irgendwie blöd dastehen, aufgeben. Denn eigentlich brauchen wir das nicht mehr. Wir können es uns leisten, anzuerkennen, dass vielleicht wirklich etwas nicht in Ordnung ist. Man kann das mit einer gewissen Achtsamkeit miteinander in der Gesellschaft kommunizieren. Das ist eigentlich das Kretschmann-Programm: Es ist eine Achtsamkeit auch gegenüber Leuten, die einem gar nicht sympathisch sind.

Also mehr Gelassenheit in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung?

Ich glaube, dass das für die Zukunft ein Weg sein müsste. Das ist etwas, was wir für das Land und auch für Europa brauchen. Es mangelt an einer kooperativen Atmosphäre in Europa. Wir können es uns in der augenblicklichen Situation leisten, offener zu sein. Das müssen wir auch sein, denn sonst kann da wirklich was schiefgehen.

Vielen Dank. ■■■

Prof. Heinz Bude ist Leiter des Arbeitsbereichs «Die Gesellschaft der Bundesrepublik» am Hamburger Institut für Sozialforschung und Professor für Makrosoziologie an der Universität Kassel.

Michael Álvarez Kalverkamp ist Pressesprecher der Heinrich-Böll-Stiftung.

Neben der Flüchtlingspolitik ist die Geschlechter- und Familienpolitik ein bevorzugtes Terrain rechtspopulistischer Angriffe. Diese zeigen Wirkung bis weit in die Mitte der Gesellschaft – entsprechend umfassend muss die Antwort sein.



Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte

Von **Henning von Barga**n und **Barbara Unmüßig**

Stürmische Zeiten? Ja – und mittendrin ein salonfähig gewordener Antifeminismus als verbindendes Element zwischen (national-)konservativen, rechtspopulistischen bis hin zu rechtsextremen Einstellungen und Politiken in Deutschland und europaweit. «Genderideologie» und damit verbundene «Frühsexualisierung» zerstöre das Wertefundament unserer Gesellschaft, heißt es. Vom «Genderwahn» ist die Rede und von omnipotenten Feministinnen, die die Gesellschaft umerziehen wollen. Geschlechterforschung wird als «Genderterror» und als «pseudowissenschaftlich» diskreditiert. Die EU-Gleichstellungsstrategie Gender Mainstreaming soll abgeschafft werden. Und überhaupt – die «Entmännlichung der Gesellschaft» und «der Staatsfeminismus» müssen gestoppt werden.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Diffamierungen gleichstellungspolitischer und emanzipatorischer Erfolge der letzten Jahrzehnte.

Was macht den Antifeminismus so attraktiv?

Geschlechterverhältnisse und Sexualität sind seit längerem Kampfplatz aufgeladener Debatten. Sie sind nicht auf Deutschland beschränkt, auch in anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Großbritannien, Holland, Polen oder Ungarn feiern rechte Parteien und antiemanzipatorische Gruppierungen beachtliche Erfolge. Sie sind gut miteinander vernetzt und unterstützen sich gegenseitig.

Wir erleben in Deutschland eine neue Aggressivität, und der sogenannte Anti-Genderismus wird mit völkischen, speziell bevölkerungspolitischen Argumenten verbunden. Die AfD z. B. bekennt sich zur «traditionellen» – sprich heterosexuellen – Vater-Mutter-Kind-Familie als Leitbild, will die Geburtenrate «unter deutschstämmigen Frauen» erhöhen und «naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern» wieder ins Zentrum rücken. Zum traditionellen Familienbild passend wird Abtrei-

bung gänzlich abgelehnt, denn so weit kann das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nun doch nicht gehen. Geschickt greifen Rechtspopulisten Vorurteile und Unbehagen auf, wie sie auch in konservativen Kreisen der gesellschaftlichen Mitte zu finden sind, und rücken z. B. «unsere Kinder» als Opfer von «Frühsexualisierung» ins Zentrum.

Antifeminismus ist nichts Neues, mag man einwenden. Und zu viel Aufmerksamkeit werbe diese Gruppierungen nur auf. Das war vielleicht eine tragfähige Position, als es nur um ein paar hundert sogenannte Maskulisten und Väterrechtler ging, die ihre kruden Thesen von Männerdiskriminierung und Staatsfeminismus vorwiegend im Internet verbreiteten und noch wenig Einfluss auf den politischen Mainstream hatten. Aber das sieht heute ganz anders aus.

Die u. a. in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Juni 2016 herausgegebene neue Leipziger Studie «Die enthemmte Mitte»¹ zeigt deutlich, dass rechtsextremes Denken kein Randproblem

Populistische Herausforderungen

mehr, sondern eines der Mitte der Gesellschaft ist. Die Zustimmungsraten zu rechtsextremen Aussagen sind im Vergleich zu 2014 zwar weitgehend gleich geblieben. Zugunommen hat aber die Abwertung bestimmter Gruppen, nämlich von Muslimen, Sinti, Roma, Geflüchteten und Homosexuellen. Gleichzeitig wachsen die Zahlen derer, die eine antidemokratische, autoritäre Politik befürworten und die bereit sind, Gewalt einzusetzen.² Noch erschreckender ist, dass etwa die Hälfte der Befragten die Diskriminierung von Frauen in der Gesellschaft und im Beruf leugnet oder nicht zur Kenntnis nimmt («moderner Sexismus») und immerhin über 20 Prozent der Befragten Frauen zurück an Heim und Herd schicken wollen (traditioneller Sexismus).³ Wichtig ist, dass sich solche Einstellungen nicht exklusiv in rechtsextremen Gruppierungen und Parteien finden lassen, sondern – mit unterschiedlichen Ausprägungen – in allen Parteien, Altersgruppen, Bildungsniveaus und Erwerbsstatusgruppen. Es zeigt sich, dass neben ausländerfeindlichen Positionen die Angst vor sogenannter Genderideologie als «Scharnier»⁴ bzw. «Kitt»⁵ zwischen der gesellschaftlichen Mitte, unterschiedlichen (partei-)politischen Spektren und dem rechten Rand fungiert.

So anfällig Teile der Mitte für antifeministische Ressentiments und rechtsextremes Denken sind, so wichtig ist die Mitte aber auch im Kampf gegen Angriffe auf emanzipatorische Errungenschaften. Positiv stimmt, dass laut der Studie die demokratischen Milieus deutlich angewachsen sind und rund 60 Prozent der Bevölkerung ausmachen.⁶

Wie schon in den letzten Landtagswahlkämpfen zu beobachten war, werden in den kommenden Wahlkämpfen neben migrationspolitischen Positionen vor allem familien- und geschlechterpolitische Themen die Gemüter erhitzen. Statt aber die Werte einer offenen und liberalen Gesellschaft offensiv zu verteidigen, reagieren Teile der etablierten Parteien darauf mit Annäherung an (neu-)rechte und antiliberalen Positionen. Auch Teile der grünen Wählerinnen und Wähler sind empfänglich dafür.⁷

Was tun?

Geschlechterverhältnisse werden zum letzten symbolischen Rückzugsort des Konservatismus. Denn sie rühren auf besondere Art an Identitäten und Emotionen, fungieren als Gegenentwurf zur herrschenden «Alter-

nativlosigkeit» in der Politik und sind auf verschiedenen Ebenen auch an rassistische Logiken anschlussfähig.⁸

Erfolgversprechende Strategien gegen Antifeminismus müssen auf verschiedenen Ebenen ansetzen. Wer den Rechtspopulisten nicht das Feld überlassen will, muss z. B. aufklären und informieren. Emanzipative und feministische Errungenschaf-

«
Die Angst vor
sogenannter Gender-
ideologie fungiert
als Scharnier
zwischen der gesellschaftlichen Mitte,
unterschiedlichen
(partei-)politischen
Spektren und dem
rechten Rand.
»

ten der offenen und liberalen Gesellschaft sollten offensiver dargestellt, diskutierte Begriffe wieder mit eigenen Inhalten gefüllt und dabei eine Balance zwischen Komplexität und Vermittelbarkeit gefunden werden.

Ein anderes Feld ist die Förderung von Medienkompetenz. Nicht nur von Angriffen Betroffene sollten die technischen, rechtlichen und rhetorischen Möglichkeiten zum Umgang mit Hassreden und (sexualisierter)

Gewaltandrohung im Netz lernen. Angriffe müssen ernst genommen und dürfen nicht schleichend normalisiert werden.

Politische Gegenströmungen und Gruppen agieren oft nebeneinander her in ihren jeweiligen Themenschwerpunkten und ideologischen Gräben. Neue und bestehende Bündnisse sollten genutzt werden, um sich auf die antiliberalen und antidemokratischen Bedrohung zu konzentrieren. So könnten z. B. fachübergreifend offen Solidarität zwischen betroffenen und nicht betroffenen Wissenschaftler/innen gezeigt oder Dialoge zwischen Politik und Wissenschaft angeregt werden.

Insbesondere die demokratischen Parteien müssen einer breit angelegten emanzipatorischen und feministischen Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik wieder mehr Geltung verschaffen und sie offensiv vertreten. Denn Antifeminismus ist kein Kinderspiel. Es ist wichtig, den Kampf gegen Antifeminismus jetzt zu führen und nicht als Nebenschauplatz der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf später zu verschieben. Denn wie gesagt, er hat das Potential, über ideologische Grenzen hinweg die «Mitte» mit dem rechten Rand zu verbinden. ■■■

Henning von Barga leitet das Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung.

Barbara Unmüßig ist Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung.

¹ Decker, O. u. a. (Hg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Psychosozial Verlag Gießen.

² Ebd., S. 49 ff.

³ Ebd., S. 58.

⁴ Blum, A. (2016): Antifeminismus als verbindendes Element zwischen extrem rechten, rechtspopulistischen und konservativen Parteien in Deutschland sowie dem reaktionären Mob. www.feministisches-institut.de/antifeminismus-in-bewegung. Letzter Zugriff: 24.6.2016.

⁵ Lang, J. (2015): Familienpopulismus und Antifeminismus als Kitt zwischen extremer Rechter und «Mitte der Gesellschaft», Vortrag auf dem Kongress «Respekt statt Ressentiment», 10. Juni 2015, Berlin. https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Bilder/Veranstaltungen/Kongress/PDF_Dateien/LSVD_2015_Bei-trag_von_Juliane_Lang.pdf

⁶ Decker, O. u. a. (Hg.), a.a.O., S. 104.

⁷ Ebd., S. 121 ff.

⁸ Ausführlich dazu Scheele, S. (2016): Von Antifeminismus zu «Anti-Genderismus»? Vortrag am 31.5.2016 in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

Wer die identitäre Illusion populistischer Politik zerstören will, muss den Abgehängten ihre republikanischen Freiheitsrechte wiedergeben.

Republikanische Freiheit in der Krise

Von Willfried Maier

«Take Back Control» war das zentrale Motto der Brexit-Kampagne. Es ist das mehr oder weniger ausdrückliche Motiv von populistischen Parteien und Bewegungen. Die etablierten Parteien und politischen Eliten gelten ihren Anhängern als Verräter, die das Volk an der Kontrolle über das eigene Schicksal hindern.

Das verbreitete Gefühl, Kontrolle über das eigene Leben, die soziale Existenz und über das Gemeinwesen, dem man angehört, verloren zu haben, ist indes selbst kein populistischer Irrtum. Es deckt sich weitgehend mit den Befunden von Sozialwissenschaftlern und Kommentator/innen.

«Aufstand der Abgehängten. Für den Brexit stimmt, wer sich von der Globalisierung verraten fühlt», überschreibt Ralph Bollmann seine Analyse in der FAS. Und die Wahlanalysen ergeben, dass in Großbritannien vor allem Arbeiter/innen und Arbeitslose (zu 64 Prozent) für den Brexit waren. In Frankreich stimmten bei der Europawahl 2014 Arbeiter/innen zu 43 Prozent für den Front National, die Angestellten zu 38 Prozent, Führungskräfte und mittlere Berufsgruppen aber nur zu 9 Prozent bzw. 20 Prozent bei einem Front-National-Gesamtergebnis von 25 Prozent. Und in Baden-Württemberg stimmten 22 Prozent der Arbeiter/innen für die AfD bei einem Gesamtwahlergebnis von 15 Prozent. Es sind also hauptsächlich die unteren Klassen der Gesellschaft, die rechtspopulistisch optieren.

Sie erliegen der identitären Illusion, Kontrolle über das eigene Leben und das Gemeinwesen ließen sich zurückgewinnen durch Berufung auf das eine Volk, zusammengeschlossen hinter einer charismatischen Führung.

Es wird nicht gelingen, sie von dieser Orientierung abzubringen, indem man ihnen die derzeitigen Lieblingsthemen der gehobenen Mittelschichten ver-



64%

aller Arbeitslosen
und Arbeiter/-
innen stimmten
für den BREXIT

43%

aller Arbeiter/-
innen stimmten
für den Front
National bei der
Europawahl 2014

22%

aller Arbeiter/-
innen stimmten
für die AfD
in Baden-
Württemberg

→ Wahlanalyse FAS

stärkt predigt: Gleichberechtigung der Geschlechter, Schwulen- und Transgenderrechte, Willkommenskultur für Flüchtlinge, bessere Ernährungsgewohnheiten, mehr Fahrradfahren. So berechtigt diese Anstrengungen gegen Diskriminierungen und für einen anderen Lebensstil auch sind: Es sind nicht die Punkte, an denen die Unterschichten als soziale Gruppe Freiheitserfahrungen machen. Nur über die Erfahrung politischer Freiheit aber kann die identitäre Illusion, die letztlich totalitäre Konsequenzen hat, aufgelöst werden.

Die Lage der Abgehängten kann nicht durch das liberale Programm von Freiheitsrechten verändert werden, das im Kern auf der Freiheit von staatlichen Eingriffen beruht: Wie oder wen ich liebe, woran ich glaube, was ich denke, wohin ich mich bewege, worüber ich forschen will: All das geht den Staat nichts an. Das sind Sphären meiner freien, privaten Entscheidung. Natürlich genießen auch die Abgehängten diese Freiheiten. Aber sie sind nicht geeignet, ihnen das Gefühl der Selbstbestimmung und der Mitgestaltung über das Gemeinwesen zu geben.

Abgehängt sein heißt ja, anderen Mitgliedern der Gesellschaft nicht von Gleich zu Gleich gegenüberzutreten zu können, weil man einseitig von ihnen abhängig ist; keinen Einfluss zu haben auf die Gestaltung des gemeinsamen Lebens in der Arbeit und im politischen Gemeinwesen; in Stadtvierteln zu wohnen, die aus der öffentlichen Aufmerksamkeit herausfallen; den eigenen Kindern keinen Weg in eine gute Zukunft als freie und anerkannte Bürger/innen öffnen zu können.

Der liberale Freiheitsbegriff reicht nicht

Um das zu ändern, bedarf es nicht nur der liberalen, sondern zugleich der republikanischen Freiheitsrechte. Der amerikanische Philosoph Philip



Populistische Herausforderungen

?

«
**Die Kommunen
 als naheliegendste
 Möglichkeit,
 die Wirksamkeit
 gemeinsamen
 Handelns zu
 spüren, sollten
 gestärkt werden.**
 »

Bürger/innen


 statt
 Konsument
 /innen


Pettit argumentiert, der republikanische Begriff der Freiheit gehe insofern über den liberalen Freiheitsbegriff hinaus, als er nicht nur die staatliche Nichteinmischung fordere, sondern das Nichtbeherrschtsein durch andere. Das aber ist nicht zu erreichen, wenn der Staat es unterlässt, sich in das gesellschaftliche Ungleichgewicht der Kräfte einzumischen, sondern dadurch, dass der demokratische Staat die freie soziale Existenz garantiert und den Raum der freien Gestaltung des Gemeinsamen für alle öffnet.

Diese republikanischen Freiheitsrechte aber sind in der Krise, nicht nur in Deutschland, sondern in so gut wie allen westlichen Demokratien. Soziale Sicherungen sind abgebaut worden, prekäre Arbeitsverhältnisse haben zugenommen, und die ehemals über Parteien und Gewerkschaften organisierten politischen Einflussmöglichkeiten der Unterklassen sind weitgehend verschwunden. Gleichzeitig ist es weder auf der Ebene der Nationalstaaten noch der EU gelungen, die Finanzmächte, von denen alle gegängelt werden, unter Kontrolle zu bringen oder gar zu zerschlagen.

Die Diagnosen für diese Entwicklungen sind vielfältig: Die Globalisierung hat die Handlungsfähigkeit der Staaten eingeschränkt; die Dominanz der Finanzmärkte untergräbt den Vorrang der Politik; konsumistische Individualisierung und gegen demokratische Politisierung behindern das Handeln gewählter Regierungen, und die Undurchsichtigkeit verschiedener Ebenen von Entscheidungen, bei denen EU-Organe beteiligt sind, verwischt die Verantwortlichkeit.

Im Ergebnis sehen politikwissenschaftliche Beobachter eine Entwicklung zur Postdemokratie, zur unpolitischen Demokratie bzw. zur simulativen Demokratie. In all diesen Beschreibungen gelingt es dem Verfassungsstaat nicht mehr, die Bevölkerung als Bürgerinnen und Bürger in das Gemeinwesen zu integrieren und ihnen die Erfahrung ihrer kollektiv gestaltenden Macht zu vermitteln. Die Macht ist faktisch an die Bürokratie bzw. an mit dieser zusammenwirkende wirtschaftliche Gruppen übergegangen, während für die Bürgerinnen und Bürger nur der Schein von Demokratie übrig geblieben ist, der sich im leeren Ablauf formaler Prozesse und publikumsbezogener Inszenierungen vollzieht.

Die gesellschaftlichen Oberschichten können mit dieser Entwicklung gut leben bzw. begrüßen sie sogar als Lockerung der «Wohlstandsbremse Demokratie». Für die untere Hälfte der Gesellschaft ist das Problem dramatisch. Sie erfährt sich als machtlos. Den einzelnen Individuen droht Weltverlust, der durch Teilnahme an der Simulation von Dialog und an digitalen Netzwerken nicht aufgehalten werden kann. Es bleibt dann die Flucht in die illusionäre Identität des Volkes, der Nation, notfalls sogar: des Abendlandes.

Was zu tun ist

Bleibt die Frage: Wie ist unter heutigen Bedingungen die Institutionalisierung republikanischer Freiheit möglich über die liberaldemokratische Verfasstheit individueller Konsumbürger hinaus, die zwar negative Freiheit genießen, aber nicht die Erfahrung politischer Freiheit, d. h. der konflikthafter und dennoch gemeinsamen Gestaltung der Welt machen. Wie können Bürgerinnen und Bürger in freiheitlichen Institutionen der Republik und nicht im Rückgriff auf erinnerte bzw. konstruierte Identitäten von Volk und Nation die Erfahrung des Gemeinsamen machen? Dabei verdienen die folgenden Bereiche besondere Beachtung:

1. Parlamente und Parteien sind Einrichtungen der Differenz-, nicht der Identitätsrepräsentation. Sie erfüllen diese Aufgabe aber nur, wenn die großen Fragen über die Gestaltung unserer Welt wieder in diesen zentralen Institutionen der Republik debattiert werden. Dazu muss mit der gemeinsamen Fixierung auf weiteres Wachstum als alternativlose Orientierung gebrochen werden zugunsten der zentralen Frage, ob und wie wirtschaftliche Aktivitäten und Finanzmärkte politisch so eingebettet werden können, dass Bürgerinnen und Bürger sich als Freie in der Gestaltung der Welt erfahren können. Das ist unter Bedingungen des freien Kapitalverkehrs schwierig und bisher im EU-Rahmen und in der Euro-Welt nicht gelungen.
2. Die Kommunen als naheliegendste Möglichkeit, die Wirksamkeit gemeinsamen Handelns zu spüren, sollten gestärkt werden. Sie sollten die Möglichkeit zur Gestaltung von Daseinsvorsorge, Energieversorgung, Gesundheitswesen, Verkehr etc. zurückgewinnen. Nicht weil sie das rentabler können als Private, sondern um die Aufmerksamkeit auf den öffentlichen Charakter der Entscheidungen zu richten, die dort getroffen werden, und um sie als eine Substanz des Gemeinsamen erfahrbar zu machen.
3. Solange Wählen und Steuern zahlen die einzigen institutionell vorgesehenen öffentlichen Tätigkeiten für Bürgerinnen und Bürger sind, wird deren Befangenheit in privaten und konsumistischen Haltungen kaum zu überwinden sein. Verpflichtende Bürgerarbeit, ein soziales Jahr für alle wären Institutionen, um das zu ändern. Sie böten zudem eine Anknüpfungsmöglichkeit für soziale Existenzgarantien in Verbindung mit Tätigkeiten, statt über ein Grundeinkommen gerade den Ausschluss von einer sich über Arbeit organisierenden Sozialintegration zu betreiben. ■■

Willfried Maier ist Gründungsmitglied der Grünen und war von 1993 bis 2008 Mitglied des Hamburger Senats und der Hamburger Bürgerschaft.

Deutsche Wandlungen

Deutschland befindet sich inmitten der neuen ideologischen Frontlinien, welche die Welt prägen. Als stark vernetzte Wirtschaftsmacht ist es auf die Globalisierung, als Kernmacht ist es auf eine funktionsfähige EU angewiesen.

Alles ist Außenpolitik

Von Sylke Tempel

In Zeiten der Ungewissheiten sind amerikanische TV-Serien eine famose Orientierungshilfe. Sie beschäftigen sich mit den neuen Formen der Familie (Modern Family), dem Zynismus des politischen Establishments (House of Cards) oder den technologischen Entwicklungen, Big Data, Künstlicher Intelligenz und der Möglichkeit einer Überwachungsdictatur (Person of Interest).

Damit markieren sie die Großthemen unserer Zeit: den enormen Modernisierungssprung der vergangenen zwei Jahrzehnte, der unsere Gesellschaft bis tief in die Familien hinein verändert hat; eine digitale Revolution, die der Globalisierung einen Turbo-Booster verpasst und unsere Art zu kommunizieren, zu arbeiten – und zu leben – umgekrempelt hat, und den Verlust des Vertrauens in eine politische (und mediale) Klasse, die nicht mehr fähig scheint, die Komplexitäten einer beschleunigten Globalisierung zu bewältigen oder gar zu reduzieren.

Hier verlaufen, sichtbar an den Erfolgen linker wie rechter populistischer Parteien in fast allen repräsentativen Demokratien, die Frontlinien innerhalb der Gesellschaften: auf der einen Seite jene, die, wie Alexander Gauland dies einmal so unvergleichlich simpel auf den Punkt gebracht hat, «den Unsinn mit der Globalisierung nicht mehr mitmachen» wollen. Die sich eine umzäunte, von den Komplexitäten dieser Zeit – sei es in Gestalt von Flüchtlingen oder eines verschärften Wettbewerbs – möglichst abgeriegelte Welt wünschen, in der die alten Eliten einen automatischen Führungsanspruch besitzen. Und auf der anderen Seite jene, die eine offene Gesellschaft wünschen – die sich eben auch unter beständigem Änderungsdruck befindet. Und in der «Elite» nicht durch Geburt und Herkunft, sondern durch Leistungen definiert wird, die vollkommen unabhängig von Ethnie, Geschlecht oder Glaube erbracht werden können.

Die neuen Konfliktlinien

Derzeit ist eine wuchtige Gegenbewegung gegen eine weitere Modernisierung zu beobachten. Sie macht sich nicht nur innerhalb von Gesellschaften, sondern auch international bemerkbar. Ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges verläuft die Konfliktlinie nicht mehr zwischen Ost und West, westlichen Demokratien und autoritären Regimen, Kapitalismus und Sozialismus. Und schon gar nicht sind diese Bereiche hübsch sichtbar auf Weltkarten geografisch getrennt.

Wir sehen ideologische Frontlinien, die zwischen Internationalismus und Nationalismus verlaufen, Globalisierung und Lokalisierung, Zivilisation und Kultur, Urbania und Provinzia. Oder etwas vergrößert: Die Lager teilen sich in jene, die Freihandel und Globalisierung als Instrument zur Steigerung des Wohlstands und Wettbewerbs betrachten, moderne Demokratien als das verstehen, was sie sind: offene Systeme, die ein in der Verfassung festgeschriebenes Regelwerk anbieten, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster kultureller Hintergründe identifizieren können. Eine eher urbane Klasse, die (deutlich erkennbar auch im Brexit-Votum) die Europäische Union als zwar dringend reformbedürftig, aber doch als Errungenschaft ansieht. Der Treiber der Gegenbewegung wäre die Furcht vor einer Globalisierung, die ja in der Tat auch enormen Druck hervorruft. Die Sehnsucht, in erster Linie das eigene Land wieder «groß zu machen» oder «die Kontrolle wieder zu erlangen» (Leave Kampagne in Großbritannien). Die Welt überschaubar zu halten.

Wenn Francis Fukujama einst festgestellt hat, dass das Zeitalter der ideologischen Feindschaften vorüber sei, weil es kein Gegenmodell zur westlichen liberalen Demokratie gäbe, dann lag er damit nur halb falsch. Es gibt tatsächlich noch immer kein Gegenmodell zur liberalen Demokratie, das den



Deutsche Wandlungen

Bürgern in gleicher Weise Wohlstand, Sicherheit und Teilhabe bieten würde. In den Programmen der völkischen Populisten ist jedenfalls keines erkennbar.

Was es aber gibt, das ist die Herausforderung des westlichen Modells. China sieht sich in direkter Konkurrenz zum Westen, als Macht, die beweist, dass Kapitalismus und Wohlstand auch ohne Liberalismus zu haben wäre. Putins «Konservative Revolution» und sein Konzept einer russischen Welt, in der jeder ethnische Russe auch zu Putins Reich gehören würde, steht in direktem Gegensatz zu einem (im Idealfall jedenfalls) auf Loyalität zur Verfassung und nicht auf ethnischer Zugehörigkeit zum Staatsvolk beruhenden Staatsbürgerbegriff. Die Annexion der Krim und der Krieg, den Russland in der Ostukraine führt, haben nur einen einzigen Antrieb: zu verhindern, dass die Ukraine, die Moskau historisch und kulturell auf ewig zu Russland gehörig sieht, ihren eigenen Weg in die westliche Moderne nimmt. Der dritte ideologische Herausforderer des Westens, der politische Islam, sieht sich, gleich ob in moderater oder in radikaler Form – ohnehin als Gegenbewegung zur westlichen Moderne und ihrer für Islamisten größten Zumutung: der Verbannung jeglicher jenseitigen Heilslehre aus dem diesseitigen politischen Betrieb.

China mag dabei noch ein Modell bieten, das seinen Bürgerinnen und Bürgern wenigstens wachsenden Wohlstand beschert – und auf dem globalen Markt der Innovationen durchaus zukunftsfähig ist. Alle Modelle versagen aber in den Bereichen Sicherheit des Bürgers vor den Übergriffen der Macht oder offene, kritische Teilhabe der Bürger am politischen und gesellschaftlichen Geschehen. Russland, sichtbar in der Ukraine-Krise, und der politische Islam, sichtbar nicht nur am Terrorismus, sondern auch an der Unfähigkeit, tragfähige staatliche Strukturen aufzubauen, sind veritable «Störer».

Deutschlands neue Rolle

Und was bedeutet das alles für Deutschland und dessen Rolle in der Welt? Dass es eine größere Verantwortung zu übernehmen wünsche, ist ja nicht nur in den Reden des Bundespräsidenten Gauck, des Außenministers Steinmeier und der Verteidigungsministerin von der Leyen zum Auftakt der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 deutlich geworden. Die Bundesrepublik hat, zusammen mit Frankreich, auch Verantwortung für die Lösung der Ukraine-Krise übernommen. Das Minsk-Abkommen mag unzureichend sein – aber es trug auch zur dringend notwendigen Deeskalation bei. Auch das Sanktionsregime wäre ohne die Bemühungen Berlins vermutlich nicht errichtet oder gar aufrechterhalten worden. Dass zum ersten Mal seit Jahren auch der Verteidigungshaushalt aufgestockt wird, dass ein Weißbuch in Diskussion mit der Gesellschaft erstellt wird, mögen ebenfalls Zeichen dafür sein, dass das Thema «militärische Verantwortung» weniger verschämt behan-

«
Nicht gelöste Probleme bleiben nicht mehr abstrakt oder weit weg. Sie kommen buchstäblich in unserer Lebenswelt an.
 »

delt wird. Immerhin beteiligt sich die Bundeswehr an mehreren Auslandseinsätzen.

Was aber noch fehlt, ist die Vermittlung einer klaren strategischen Botschaft: Deutschland mag sich nicht mehr an den Nahtstellen des Ost-West-Konflikts befinden. Aber es befindet sich inmitten der neuen ideologischen Frontlinien. Als am stärksten vernetzte Wirtschaftsmacht ist die Bundesrepublik existenziell auf Globalisierung, auf ein friedliches Regime internationaler Handelsbeziehungen angewiesen. Als Kernmacht und geografisches Zentrum Europas muss sie ebenso existenziell am Erhalt einer funktionierenden Europäischen Union interessiert sein. Kein Problem, keine globale Herausforderung – von der Stabilisierung ihrer unmittelbaren südlichen und östlichen Nachbarschaft bis hin zur ökonomischen und politischen Konkurrenz durch wachsende Schwellenmächte – ist ohne den Rückhalt in der EU und die gemeinsamen Ressourcen der EU-Mitgliedsländer zu lösen. Jegliche außenpolitische Ambition der Bundesrepublik ist vom Resonanzraum EU abhängig. Ein Aufbau der zerfallenden Staaten in Europas südlicher Nachbarschaft ist nicht ohne europäische Anstrengung denkbar (und dann immer noch schwierig genug). Berlins erste außenpolitische Priorität ist der Erhalt der EU – und dazu gehört auch der längst notwendige Denkprozess über die ebenso notwendigen Reformschritte der EU jenseits des alten Rufs nach mehr Integration.

Vor allem aber heißt strategische Klarheit in Zeiten neuer ideologischer Auseinandersetzungen (bei gleichzeitiger Orientierungslosigkeit): Alles ist Außenpolitik. Nicht gelöste Probleme bleiben nicht mehr abstrakt oder weit weg. Sie kommen buchstäblich in unserer Lebenswelt an. Das heißt aber auch: Außenpolitik ist Innenpolitik. Ein Deutschland, das nicht den Internationalismus, nicht die westliche Moderne, nicht die liberale offene Gesellschaft innen wie außen zu verteidigen weiß, das diese Richtlinien nicht zur unveräußerlichen Grundlinie seiner Außenpolitik machen würde, wäre eine unverantwortliche Akteur, der seinen eigenen Interessen zuwider handelte. Das gilt vor allem für die Politik gegenüber Russland. Diese Werte sind deutsche Interessen. Dass diese Politik mit allen notwendigen Mitteln – der intellektuellen Auseinandersetzung, der Diplomatie, der Kooperation mit den westlichen Bündnispartnern, aber im allerletzten Fall auch mit militärischen Mitteln – zu führen wäre, das sollte sich dann von selbst verstehen. ■■■

Dr. Sylke Tempel ist Chefredakteurin der Zeitschrift *Internationale Politik* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Die strategischen Herausforderungen der Parteien ein Jahr vor der Bundestagswahl.

Eine Mehrheit jenseits der Union ist wenig realistisch

Von Ralf Tils

Auch wenn die aktuellen europäischen und internationalen Krisen (Flüchtlinge, Terror, Brexit, Banken etc.) die Politik in Atem halten und nach grundlegend neuen Problemlösungsansätzen rufen, richten sich die Blicke der Parteien in Deutschland zunehmend auf den engeren Kontext des Bundestagswahlkampfes im kommenden Jahr. Alle Problemfelder werden intern – zumindest auch – unter dem Blickwinkel des potentiellen Einflusses auf die eigenen Wahlchancen im September 2017 analysiert und diskutiert. Die Gleichzeitigkeit von internationaler Krisenbewältigung und nationaler Kampagnenvorbereitung stellt die Parteiakteure vor einige strategische Herausforderungen. In diesem Beitrag geht es darum, wichtige innenpolitische Strategieprobleme der jeweiligen Parteien ein Jahr vor der Bundestagswahl zu skizzieren.

Die Union – innerlich zerstritten, aber alternativlos

Für die Union übersetzen sich die dramatischen demoskopischen Zustimmungsverluste des letzten halben Jahres weniger in Strategieprobleme, als man erwarten könnte. Das liegt vor allem daran, dass die Merkel-CDU nach wie vor über die strategische Mehrheit und damit die strategische Kanzlerschaft verfügt. Eine Mehrheitsperspektive jenseits der Union ist wenig realistisch. Insofern spielt die momentane AfD-Stärke

der Union machtpolitisch in die Karten – auch wenn sie zu ihrer demoskopischen Schwächung beigetragen hat und wichtiger Auslöser des unionsinternen Streits zwischen CDU und CSU war. Vielleicht sichern die AfD-Erfolge der Kanzlerin bei der Bundestagswahl sogar die Macht. Die verbliebenen strategischen Herausforderungen der Unionskampagne liegen vor allem im unionsinternen Konfliktmanagement und bei der öffentlichen Agendakontrolle.

Der Schein trügt. Das Abflauen der Attacken von CSU-Chef Seehofer auf die Kanzlerin ist bislang lediglich eine Atempause. Es fehlt die tagespolitische Dramatik (etwa bei der Zahl der zurzeit in Deutschland ankommenden Flüchtlinge), um die Endlosschleife der bayerischen Angriffe fortzusetzen. Inhaltlich gelöst sind die Positionsunterschiede der Schwesterparteien keineswegs. Weder gibt Seehofer die Forderung nach einer Obergrenze für Flüchtlinge auf, noch legt er sich auf eine gemeinsame Wahlkampfplattform und die Kanzlerkandidatin Merkel fest. Das unionsinterne Konfliktmanagement ist damit eine der größten Baustellen für die CDU-Kampagnenführung, die eigene wahlpolitische Mobilisierungsschwäche und die gleichzeitige Stärkung der AfD durch die internen Familienkonflikte bleiben eine reale Gefahr. Umso wichtiger wird die Bewältigung der zweiten Herausforderung für die Union: die öffentliche Agendakontrolle. Da eine Lösung des

unionsinternen Streits in der Flüchtlingsfrage – ohne Gesichtsverlust der Konfliktakteure – schwierig wird, liegt die Hoffnung in der Verlagerung der innenpolitischen Debatte auf Themen, bei denen die Union geschlossen auftreten kann: Wirtschaftswachstum, innere Sicherheit, Finanz- und Steuerpolitik. Ob aber das Kleinhalten der Flüchtlingszahlen (und damit dieses Themas) gelingt, darüber entscheiden vor allem andere: die EU-Partner, die destabilisierte Türkei sowie die Flüchtlinge selbst.

Die SPD – strategische Quadratur des Kreises

Bei der SPD gestalten sich die Strategieprobleme wesentlich grundsätzlicher. Sie braucht Lösungen für gleich zwei fundamentale wahlpolitische Erfolgsvoraussetzungen. Zum einen den Aufbau stabilen Vertrauens der Wähler/innen in das eigene Führungspersonal, wozu es dringend einer stimmigen (und längerfristig durchgehaltenen!) Linienführung von sozialdemokratischen Inhalten bedarf, die beim SPD-Wählerpotential Aufbruchsstimmung erzeugen können und zugleich zum Kanzlerkandidaten passen. Zum anderen eine schlüssige Antwort auf das Problem der fehlenden sozialdemokratischen Machtperspektive. Die Ankündigung einer Fortsetzung der Großen Koalition ist für SPD-Anhänger/innen inzwischen ein veritabler Demobilisierungsfaktor. Der Ausschluss einer Großen Koalition könnte zu Verlusten in Richtung der Grünen führen, soweit Rot-Grün-Sympathisant/innen dann lieber den kleinen Koalitionspartner in einer möglichen schwarz-grünen Regierung stärken wollen. Die neueren, vagen Andeutungen der SPD-Führung in Richtung der Möglichkeit eines Linksbündnisses sind mit dieser fast ausgeweglosen machtpolitischen Perspektive zu erklären. Sie werden von der Parteispitze aber gleich wieder abgeschwächt und relativiert. Das wirkt nicht positiv für den Aufbau von Vertrauen und Linienführung. So schließt sich die strategische Quadratur des Kreises bei der Sozialdemokratie.

Die Linke – gesplante Wählerschaft

Die Linkspartei sucht ihr Heil – angesichts der Spaltung des eigenen Wählerpotentials in Anhänger/innen einer Willkommenskultur und Flüchtlingsgegner/innen – in einer Zuspitzung des sozialen Profils und hofft damit ihre Zerstrittenheit in der Flüchtlingsfrage zu überde-

Deutsche Wandlungen

cken. Der strategischen Herausforderung eines sozialpolitischen Überbietungswettbewerbs mit der SPD, die sich ebenfalls nach links orientiert, können die Linken relativ gelassen entgegenschauen – Realitätstauglichkeit und Finanzierbarkeit sind nicht die wichtigsten Kriterien bei der Formulierung ihrer sozialpolitischen Forderungen. Problematischer ist da schon die fehlende eigene Machtperspektive jenseits eines Rot-Rot-Grünen-Bündnisses. Dafür müsste die Linkspartei das einzig verbliebene zweite Standbein ihres Profils, eine radikalisierte Friedenspositionierung unter Einschluss des NATO-Austritts, überdenken bzw. abschwächen. Zur Befreiung aus dieser strategischen Zwangslage scheint zumindest die Wagenknecht-Fraktion innerhalb der Partei zurzeit (noch?) nicht bereit zu sein.

Die Grünen – klares Feindbild

Die Grünen haben den Vorteil eines gut erkennbaren politischen «Feindes», der ihre Anhängerschaft einen und mobilisieren kann: die AfD. In ihrer Gegnerschaft zu deren autoritärem, patriarchalischem, nationalistischem Weltbild können sie ihre libertären Werte Selbstverwirklichung, Emanzipation, Minderheitenschutz ausspielen. Die strategische Herausforderung wird allerdings darin bestehen, diesen autoritär-libertären Konflikt überhaupt öffentlich-medial zu Gehör zu bringen. Die politische Konkurrenz hat an einer solchen Debatte wenig Interesse, weil sie in dieser Frage über keine Einigkeit in Partei und Wählerschaft verfügt. Viel wird deswegen von der Agenda-Building-Macht der Grünen abhängen. Hier sind Kreativität und Überraschungsmoment gefragt. Im materiellen Feld (zwischen den Polen sozialer Gerechtigkeit/Solidarität und Markt/Leistung), über das die Konkurrenzparteien gern sprechen möchten, dürfen die Grünen die Fehler der letzten Bundestagswahl nicht wiederholen. Hier besteht die Aufgabe darin, grüne Gerechtigkeitsanliegen zu formulieren, ohne auf falsche Instrumente und Schwerpunkte zu setzen.

Die FDP – alt oder neu?

Die große strategische Herausforderung der Liberalen ist die Entwicklung des positiven Images einer neuen FDP. Nach der alten FDP, die die Wähler/innen 2013 ins Niemandsland schickten, hat keiner Sehnsucht in Deutschland. Ob das eingeleitete farbliche und inhaltliche Liberalen-Relaunch von den Wähler/innen dafür als ausreichend angesehen wird, hängt vor allem an einem Termin: der NRW-Landtagswahl. Dort setzen die Liberalen alles, was sie haben, auf eine Karte: Christian Lindner. In NRW muss er zeigen, dass die zurückgekehrte FDP eine andere ist als die 2013 verschmähte. Gelingt das, ist ein Comeback im Bund ebenfalls wahrscheinlich. Allerdings ist die personelle Zentrierung allein auf die Führungsfigur Lind-

«
Vielleicht
sichern die
AfD-Erfolge
der Kanzle-
rin bei der
Bundestags-
wahl sogar
die Macht.
»

ner (lose flankiert von Wolfgang Kubicki) für ihn und die Partei sowohl im Land wie auch im Bund ein nicht unerhebliches Problem: Hier droht die altbekannte Norbert Röttgen-Falle.

Die AfD – mehr Projektionsfläche als handlungsfähige Partei

Die Mobilisierungsfähigkeit der AfD wird ganz entscheidend von der bundespolitischen Themenagenda des Spätsommers 2017 abhängen. Sollte die Flüchtlingsfrage die Gemüter der Deutschen nicht mehr wie im Jahr 2016 bewegen, sinken ihre Erfolgsaussichten. Inhaltlich hat die AfD lediglich noch ein zusätzliches Ass im Ärmel, das ein mögliches Abflauen des Flüchtlingsthemas ersetzen könnte: das Feindbild Islam. Der Rest der Programmatik reicht kaum für eine 5–10 Prozent-Partei. Die Nichts-als-Mobilisierung-Strategie der AfD kann je nach thematischer Großwetterlage sogar gelingen, Handlungs- und Regierungsfähigkeit erreicht die Partei so nicht. Solange die AfD als Projektionsfläche des antipluralistischen, antielitären, moralisch selbstgerechten Rechtspopulismus sowie bürgerlichen und sozialen Protests dienen kann, schaden ihr nicht einmal die unprofessionellen Hahnenkämpfe an der Parteispitze. Es gibt nur eine Grenze: wenn die innerparteilichen Führungskämpfe zu einer zweiten Spaltung der Partei (nach Alfa) führten. Wahrscheinlich ist das trotz aller Eitelkeiten der Beteiligten nicht – sie wissen, es wäre das Ende der AfD.

Der Ausgang der Bundestagswahl im nächsten Jahr, so lässt sich insgesamt resümieren, wird vor allem von der politischen Agenda und den dabei dominierenden Deutungsframes abhängen. Wer hier seine Themen und seine Sicht der Dinge durchsetzen kann, wird von der inzwischen großen Volatilität der Wählerschaft am meisten profitieren. ■■■

Dr. Ralf Tils lehrt als Privatdozent Politikwissenschaft an den Universitäten Bremen und Lüneburg und gehört zum Team von APOS (Agentur für Politische Strategie).

Grüne Perspektiven

Der Baden-Württembergische Regierungssprecher Rudi Hoogvliet über die Grünen als führende Regierungspartei, die veränderte politische und gesellschaftliche Verortung und das nicht strategisch Planbare an Ministerpräsident Kretschmann.

«Kretschmann weigert sich, sich links zu nennen?»

Peter Unfried im Gespräch mit Rudi Hoogvliet

Peter Unfried: Herr Hoogvliet, Sie sind seit fünf Jahren Regierungssprecher einer grün geführten Regierung. Seit wann ist das für Sie normal?

Rudi Hoogvliet: Ich freue mich immer noch jeden Tag, wenn ich in die Villa Reitzenstein, den Sitz des Ministerpräsidenten, einlaufe, aber es hat im Lauf der grün-roten Regierungsjahre eine gewisse Normalität erlangt. Jetzt ist es wieder ins Besondere katapultiert worden, durch ein Kabinett, das wir weiterhin anführen, jetzt mit der CDU.

Wie lange sind Sie mit Ministerpräsident Kretschmann ein Team?

Ich bin seit 2002 mit ihm unterwegs. Er war Fraktionsvorsitzender, ich kam damals nach einem Bundestagswahlkampf zurück aus Berlin und war in der Landtagsfraktion zuständig für Öffentlichkeitsarbeit und strategische Beratung.

Seit dem Wahlsieg dieses Jahres mit den 30,3 Prozent hat Reinhard Bütikofer ein geflügeltes Wort geprägt: Es gehe für andere Grüne darum, Kretschmann zu kapieren, nicht zu kopieren. Wie lange haben Sie gebraucht, ihn zu kapieren?

Zwei Jahre. Die ersten beiden Jahre einer intensiven Zusammenarbeit waren von Reibungen geprägt, weil wir ein bisschen aneinander vorbei gesprochen haben.

Der Grund war, dass wir aus unterschiedlichen Blickwinkeln auf die Politik geschaut haben. Es hat gedauert, bis ich verstanden habe, was seine Prioritäten sind.

Was haben Sie kapiert?

Winfried Kretschmann ist stark wertegeleitet. Er hat klare Ziele und eine enorme Beharrlichkeit, diese Ziele zu erreichen. Von den Zielen und dem Wertekanon lässt er sich leiten. Er macht mal einen Schlenker, aber er weicht nicht davon ab. Es hat länger gedauert, bis ich verstanden habe, dass dieses Wertefundament, diese im wahren Sinne begründete Politik und die lange Linie, die sich daraus ergibt, etwas Besonderes sind. Dass das, was Kretschmann tut, tatsächlich sehr ernst und aufrecht gemeint ist. Die Leute nehmen ihm das ab. Von der politischen Währung Glaubwürdigkeit besitzt er viel.

Dann hat also er Sie erzogen?

Ja, hat er. Aber ich hoffe, er hat auch ein bisschen von mir profitieren können. Ich habe vielleicht die Instrumente an der Hand gehabt, um seine Art, Politik zu machen, bekannt zu machen. Er wusste ja sehr genau, wie er ist, aber er hielt sich lange für einen Exoten und hat damit gehadert. Er sei nicht geschaffen für diese Medienwelt und ihre Talkshows.

Wir haben ihm beibringen können, dass es ein Alleinstellungsmerkmal und einmalig in der Politik ist, dass er diese Ecken und Kanten hat, sich eben nicht von *Bild*, *BamS* und *Glötze* leiten lässt und seine Politik begründen kann wie kaum ein anderer.

Die erste Frage der Grünen ist traditionell: Was bedeutet das für die Grünen? Sie scheinen sich das kaum noch zu fragen.

Das stimmt. Es geht um Baden-Württemberg. Wir regieren das Land, und grüne Zielsetzungen sind gut für das Land, das ist ja der Witz.

Würden Sie sagen, die Baden-Württemberg-Grünen sind Post-Realo-Fundis?

Diese Kategorien sind hier weitgehend überwunden, das ist verinnerlichte Realpolitik.

Viele verstehen nicht, warum die Kretschmann-Grünen eine Mehrheitsgesellschaft hinter sich gebracht haben. Inwiefern sind Sie auch



«Das ist bitter- ernst gemeint!»

Grüne Perspektiven

anders in der Gesellschaft verortet, als es Grüne sonst sind?

Wir waren immer ein bisschen anders als viele andere Grüne, wir haben uns immer als Teil des Landes gefühlt, waren immer der Überzeugung und auch in der Lage, Bündnisse mit unterschiedlichen Kräften zu suchen und einzugehen, um Ziele zu realisieren. Die Zeit ist vorbei, in der man grüne Politik gegen starke Mächte durchpeitschen musste. Du kannst jetzt mit Wirtschaft und Kirchen grüne Politik umsetzen. Du hast Gegner, auch in der Wirtschaft, völlig klar, aber du hast auch viele, die ähnlich gelagerte Interessen haben und eine Chance sehen in grünen Produktlinien und Ressourceneffizienz. Das ist im Landesverband verinnerlicht und in der Regierung sowieso.

Warum fanden die Baden-Württemberger es sehr schnell normal, dass ein grüner Ministerpräsident regiert?

Weil er es gut macht. Das ist banal. Er setzt sich unbedingt für die Interessen des Landes ein, was auch heißt, er gleicht die Interessen aus.

Ihre Wahlwerbung lautete: Grün wählen für Kretschmann. Ich übersetze: Nehmt die Grünen in Kauf für euren hochgeschätzten Ministerpräsidenten?

Das hat uns nicht geschadet - oder?

Es ist frappant, dass die im Land anerkanntesten Grünen fast alle das Etikett tragen: eigentlich gar kein Grüner. Das mag ein Missverständnis sein. Es ist jedenfalls als Kompliment gemeint.

Dem liegt eine falsche Herleitung zugrunde: Wir regieren das Land gut, das hat man den Grünen nie zugetraut, also kann Kretschmann kein richtiger Grüner sein, sonst würde er das Land nicht gut regieren. Es gibt ja nach wie vor die Vorurteile, die Grünen seien eine Besserwisserpartei, eine Bevormundungspartei. Jedoch ist Kretschmann das Gegenteil der holzschnittartigen Profile, die die Leute mit den Grünen verbunden haben. Das hat das Umdenken in Gang gebracht.

Im Wahlkampf ist Kretschmann als europäischer Staatsmann aufgetreten.

Es gibt immer wieder Unkalkulierbares. Natürlich hat er von der Partei eine Eins-A-Wahlkampfrede bekommen als Gerüst. Die fand er auch okay, aber dann hat er Anfang des Jahres in der heißen Phase der Flüchtlingspolitik im Rahmen einer Brüsselreise viele Gespräche geführt, in denen er sich



«

**Die grün-schwarze
Komplementär-
Koalition ist vielleicht
besser als jede andere
in der Lage zu ver-
hindern, dass sich die
AfD in die Mitte der
Gesellschaft frisst.**

»

bestätigt fühlte, dass hinter der Flüchtlingskrise die europäische Krise steckt und dass sie das wirklich Gefährliche ist, weil viel verloren gehen kann – vom Frieden bis zum Wohlstand. Kretschmann flog damals von Brüssel zurück und hatte noch am Abend seinen ersten Wahlkampfauftritt. Er verwarf die vorbereitete Rede und hielt eine engagierte Grundsatzrede, warum die EU wichtig ist, warum wir eine europäische Lösung brauchen und weshalb er dabei die Kanzlerin unterstützt. Das war zwar keine Wahlkampfrede, aber es war genau das richtige Format.

Das hat sich aus dem Mann in dem Amt heraus ergeben?

Tatsächlich ja. Die Agentur hatte erkannt, dass der Mann und das Amt im Vordergrund stehen müssen, naheliegender angesichts seiner hohen Zustimmungswerte. Konkret hat sich bei seinen Auftritten viel aus dem Kretschmann selbst heraus ergeben. Dazu kam, dass der politische Gegner schwächelte, zerstritten war und das Spitzenpersonal offenbar nicht überzeugen konnte.

Das ist doch traditionell die grüne Rolle. Diesmal nicht.

CDU und SPD haben durch die AfD verloren, Sie sind zur Volkspartei geworden. Warum?

Auch wir haben 70.000 Wählerinnen und Wähler an die AfD verloren, so ist es nicht. Aber generell hat die Parteibindung abgenommen. Je jünger die Menschen, desto volatiler wählen sie. Ein politisches System ist ausgereizt, wo Volksparteien alles unter sich verteilen. Das führte bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl zu einem Duell zwischen einem Grünen und einem FPÖ-ler. Es kamen aber in Baden-Württemberg noch andere Faktoren hinzu. Bei der CDU waren es die Zerstrittenheit und das nicht wirklich überzeugende personelle Angebot im Vergleich zu Kretschmann. Bei der SPD liegen die Ursachen tiefer, die Erzählung der Partei scheint nicht mehr zeitgemäß zu sein, kommt nicht mehr an. Viele sahen, trotz einer guten Regierungsarbeit, in Baden-Württemberg keinen Grund mehr, SPD zu wählen.

Die einen sind zu den Grünen, die anderen zur AfD. Der Riss ist offensichtlich: Hier die okayverdienenden, identitäts- und einwanderungspolitisch progressiven Grünen-Wähler. Dort diejenigen, die

Interview

sich als Verlierer fühlen und die Moderne mehr und mehr als Zumutung begreifen. Man darf das nicht unterschätzen, weder die AfD noch die rechtsnationale Tendenz in Europa. Aber wir dürfen uns nicht auf diese Truppen fixieren und ein neues Antirechts aufbauen, das hielte ich für verheerend.

Was heißt das?

Man kann sich als Antirechtspartei verstehen und sich zu 50 oder mehr Prozent dieser Aufgabe widmen. Oder man kann ihre Positionen in Teilen übernehmen. Beides ist falsch. Wir konzentrieren uns darauf, gute und erfolgreiche Politik zu machen und ihnen damit das Wasser abzugraben. Die von uns nach vorne gebrachte Bürgerbeteiligung ist da ein Schlüssel zum Erfolg.

Im Blick auf die Wahl 2017 wird der Begriff «Linkes Lager» recycelt. Die Idee ist, dass es eine linke Mehrheit gebe, die einsehen müsse, dass sie zusammengehört. Davon ist in Baden-Württemberg nie die Rede. Warum nicht?

Als die Grünen 1980 hier ins Parlaments kamen, wollten sie eben nicht links von der SPD sitzen, sondern rechts von der SPD. In der Mitte. Das war sehr bewusst gewählt und bezog sich auf Rudolf Bahros geflügeltes Wort: nicht links, nicht rechts, sondern vorne.

Was heißt das für die Idee vom linken Lager?

Es wäre ein veritabler Rückfall, in solchen Kategorien zu denken. Man muss mittlerweile mit einer gewissen Unübersichtlichkeit klarkommen, das ist so. Wir haben uns Grün-Schwarz nicht gewünscht, aber diese Komplementär-Koalition ist vielleicht besser als jede andere in der Lage zu verhindern, dass sich die AfD in die Mitte der Gesellschaft frisst. Eben weil Grün-Schwarz diese Mitte sehr breit abbildet. Grün-Rot hatte eindeutig mehr Überschneidungen, besaß aber nicht diese gesellschaftliche Breite.

Kretschmann weigert sich, sich «links» zu nennen. Aus wahltaktischen Gründen, weil der Baden-Württemberger keine Linken mag?

Nein, das ist bitterernst gemeint. Sich als linken Politiker zu bezeichnen, das trifft es für ihn einfach nicht.

Der Soziologe Heinz Bude sagt, Ministerpräsident Kretschmann zeichne ein «reparatives Sprechen» aus, mit dem er nicht spaltet, sondern Teile der auseinander-

derstrebenden Gesellschaft neu zusammenfügt. Woher kommt das?

Das ist sein Wesen, so redet er. Sein Bestreben ist es, nicht nur die Koalition, sondern auch das Land zusammenzuhalten. Das äußert sich aber nicht darin, dass er Süßholz raspelt. Aber auch folgende Eigenschaft kann man sich als Strategie nicht besser wünschen: Er tut nicht so, er interessiert sich wirklich für die Leute. Wenn er einen Bürgerempfang macht, dann geht er mindestens zwei Stunden von Tisch zu Tisch, er dreht seine Runden und will es wissen. Dann sagt er auch manchen deutlich seine Meinung und blafft sie an, wenn es sein muss, aber immer aus der Haltung heraus: Ich will wirklich wissen, was dich umtreibt, auch wenn ich nicht deiner Meinung sein muss.

Wie reagieren die Leute, wenn er blafft?

Mit Respekt. Die wollen nicht umgarnt werden, sondern mit jemandem sprechen, der sie ernst nimmt. Kretschmann sagt oft: «Wir hören euch zu, aber das heißt nicht, dass ihr auch erhört werdet.»

Reinhard Bütikofer vertritt auch die These, dass die Grünen mit Kretschmann in der dritten Phase ihrer Parteigeschichte sind. Erste Phase: große Fragen. Zweite Phase: etwas beitragen. Dritte Phase: Volks- und Orientierungspartei.

Orientierungspartei und Volkspartei ist mir zu theoretisch. Ich würde es anders sagen. Erste Phase: frische Partei, richtige Fragen. Zweite Phase: vieles gegen traditionelle Kräfte durchgesetzt, im schweren Kampf. Fischer und Trittin können davon ein Lied singen. Dritte Phase: mit mächtigen Verbündeten pragmatisch und zielgenau Allianzen bilden und grüne Politik umsetzen.

Welches waren für Sie die entscheidenden politischen Konflikte, die die Grünen zur Nummer eins im Land gemacht haben?

Zunächst war es der andere Politikstil, nicht mehr von oben durchzuregieren.

Nach den Terroranschlägen in Paris war es Kretschmann, der den Innenminister aufgefordert hatte, Anti-Terror-Pakete aufzulegen. Wichtig war auch der erste Asylkompromiss, wo er im Alleingang einige Sachen rein verhandelt und dann zugestimmt hat. Die Bürgerinnen und Bürger schätzen es, dass er aus der Sache heraus agiert und nicht nur nach grünen Maßgaben.

Manche Bundesgrüne denken hingegen, dass er ein Opportunist ist, der grüne

Menschenrechte für einen Appel und ein Ei verkauft.

Die verwechseln Ideologiefreiheit mit Opportunismus. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Ich kenne kaum einen Grünen, der so ein klares Wertefundament hat wie Kretschmann. Er ist letztlich moderner als Trittin, Künast und Peter zusammen, weil er verstanden hat, dass er grüne Politik nicht mehr gegen gesellschaftliche und wirtschaftliche Institutionen durchdrücken muss, sondern sie mit ihnen realisieren kann.

Welche Illusionen über die Grünen haben Sie nicht mehr?

Ich bin wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Bundesgrünen stärker schauen, was wir 2011 gemacht haben. Nicht nur wir haben in dem Jahr 25 Prozent geholt; die Bundespartei lag ein ganzes Jahr in den Umfragen über 20 Prozent. Ich fand es enttäuschend, dass man keinen Versuch gemacht hat, diese Menschen zu halten, die ein ernsthaftes Interesse an den Grünen gezeigt haben. Wenn man 15, 20 Prozent auf Bundesebene holen will ...

...was Sie für realistisch halten?

Das ist meines Erachtens machbar. Aber dann muss man die Politik darauf einstellen, das muss man wollen und das muss man auch ausstrahlen.

Wenn Sie zum Bundesparteitag der Grünen kommen, kehren Sie in Ihre Kindheit zurück?

Das ist zumindest eine frühere Zeit. Die Gesamtanmutung ist wie ein Bilderbuch aus alten Zeiten. Gefällt mir selbst nicht, dass es so ist. Da kommt dann ein Imagefilmchen, wie Grüne gegen die Datenkrake oder Kohlekraft demonstrieren. Das erzeugt Wärme, aber wir sind längst keine Bewegungspartei mehr. Wir könnten auch jenseits von Baden-Württemberg so viel mehr sein. ■■■

Rudi Hoogvliet lebt seit den 80er Jahren in Baden-Württemberg, organisierte Menschenketten für die Friedensbewegung und trat den Grünen bei. 1989 wurde er in deren Landesvorstand gewählt und war Anfang der 90er Jahre zeitweilig Vorstandssprecher. Er managte die Bundestagswahlkämpfe 2002, 2005 und 2009 und war zeitgleich Pressesprecher von Winfried Kretschmann.

Peter Unfried ist Chefreporter der taz und Chefredakteur des Klimakulturmagazins *zeozwei*.

Die Flüchtlingspolitik ist ein Markenkern der Grünen, deshalb sollten sie beispielgebend die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Verhaltensnormen und Handlungszwänge offen austragen.

Gesinnungsethische Opposition oder verantwortungsethisches Regieren

Von **Konrad Ott**

Die Grünen haben immer das Asylrecht als eine Errungenschaft der deutschen Verfassungskultur verteidigt, die Nichtbürger/innen ein wirkliches Recht gegen den deutschen Staat einräumt. Die Partei avancierte im Laufe der Zeit zur «Multikulti»-Partei schlechthin. Vor dem Hintergrund dieser Parteigeschichte war es kein Wunder, dass im vergangenen Jahr von der Parteibasis bis zur -spitze die sogenannte Willkommenskultur mitgetragen wurde. Dies hat der Partei in den Umfragewerten bislang nicht geschadet; es könnte sogar sein, dass sie ein diesbezügliches Alleinstellungsmerkmal hat.

Allerdings beschleichen einige von uns Zweifel, ob sich diese «Refugees-welcome»-Grundlinie angesichts der Größe der Herausforderung wird durchhalten lassen. Diese Größe ergibt sich aus dem Flucht- und Migrationspotential, das sich durch die demografischen Entwicklungen, klimabedingten Umweltveränderungen, durch «failed states», rapide Urbanisierungsprozesse, sinkende Migrationskosten und ökonomische Ungleichheiten weiter erhöhen wird. Zahlenwerte sind spekulativ, aber es erscheint nicht verfehlt, von einem globalen Potential von mehreren Hundert Millionen Flüchtlingen und Migrant/-innen bis zur Jahrhundertmitte auszugehen. Bereits jetzt ist Deutschland mit einem enormen Zuwanderungspotential aus dem Nahen und Mittleren Osten

und Westafrika konfrontiert. Faktisch ist Deutschland eines der weltweit attraktivsten Einwanderungsländer und ein Zufluchts- und Sehnsuchtsort für verfolgte, bedrängte und notleidende Menschen aus aller Welt geworden. Darauf können wir, unabhängig von Parteizugehörigkeiten, in gewisser Weise stolz sein.

Angesichts dieser Herausforderung ist eine Reflexion über die normativen Prinzipien angebracht, die zur Orientierung in absehbar schwierigen Zeiten dienen können. Diese Prinzipien sind ihrem Anspruch nach parteiübergreifend, können aber parteipolitisch konkretisiert werden. Ich konzentriere mich im Folgenden auf die idealtypische Gegenüberstellung von zwei normativen Grundkonzepten.

In einer Rede, die ich im vergangenen Jahr anlässlich des Freiheitskongresses der Grünen gehalten habe, habe ich mich für das Prinzip der erweiterten Inklusion als normatives Charakteristikum der Partei ausgesprochen. In diesem Sinne wurden die Unterbestimmung der Teilhaberechte sozial benachteiligter Gruppen und kultureller Minderheiten, die Asyl- und Schutzrechte von Verfolgten, die Rechte zukünftiger Generationen in Anbetracht des heutigen Naturumgangs, die Ansprüche höher entwickelter Tiere auf Wohlergehen von den Grünen immer wieder eingeklagt. Dieses Charakteristikum kann die Partei nicht einfach aufgeben.

Normen und Grenzen der erweiterten Inklusion

Im rezenten Flüchtlingsdiskurs wurden im Sinne dieser erweiterten Inklusion die humanitären Verpflichtungen gegenüber Menschen betont, die entweder unter bestimmten Weisen der Verfolgung oder unter existentiellen Notlagen aller Art leiden. In einem Essay über «Zuwanderung und Moral» (Reclam 2016) habe ich versucht, die interne moralische Logik dieses, wie ich unter Rekurs auf Max Weber sage, gesinnungsethischen Diskurses nachzuzeichnen. Diese besteht darin, Fluchtgründe zunächst von der Bedingung einer politischen oder religiösen Verfolgung zu entkoppeln und die Menge der anererkennungswürdigen Fluchtgründe auszuweiten, bis die Unterscheidung von Flucht und Migration zusammenbricht.

Zunächst ist das Recht auf Asyl gemäß Art. 16a GG auf den Tatbestand der politischen Verfolgung begrenzt, der sich interpretatorisch einschränken oder ausweiten lässt. In letzterer Hinsicht kann der Art. 16a GG entsprechend als «normativer Brückenkopf» einer ausweitenden («expansionistischen») Strategie gefasst werden, die ihn als zu eng kritisiert, da er viele wirkliche Fluchtgründe nicht erfasst, also Personen nicht schützt, die sich aufgrund existentieller Notlagen auf die Fluchtrouten begeben. Für ethisch geschulte Personen ist es ein Leichtes, aus Ausgangsdefinitionen, die den Begriff der Flucht an existentielle Notlagen binden, und dem anerkannten Recht auf politisches Asyl eine sich ständig erweiternde Menge der Fluchtgründe abzuleiten. So gilt es dann beispielsweise als ein echter Fluchtgrund, wenn man gegen seinen Willen zum Wehrdienst eingezogen wird, keinen gesicherten Zugang zu Nahrung, Trinkwasser, Bildung und Gesundheitsversorgung hat, von klimabedingten Umweltveränderungen bedroht ist, seine sexuelle Orientierung nicht kulturell offen leben kann usw.

Wichtig ist in dieser Logik der Schritt von Hilfspflichten zu menschenrechtlichen Ansprüchen. Es ist begrifflich wahr, dass es moralischen Personen schwerfällt, Hilfe zu verweigern, aber es ist ebenso richtig, dass Hilfspflichten angesichts der Not auf Erden an Grenzen von Kapazitäten und Zumutbarkeiten stoßen. Es ist verdienstlich zu helfen, aber niemand erwartet, dass einige allen helfen. Menschenrechtliche Ansprüche zu verweigern, ist hingegen prima facie unzulässig, da Menschenrechte ihrem begrifflichen Sinn nach nicht durch die Anzahl derer relativiert werden dürfen, die sie für sich in Anspruch nehmen. Nun ist auch das System der Menschenrechte nicht ein für alle Mal gegeben, sondern lässt sich durch neue Elemente erweitern. Hier trifft man auf den moralischen Expansionismus in neuer Gestalt, nämlich auf eine beständige Ausweitung besonders der menschenrechtlichen Teilhabeansprüche auf Nahrungssicherheit, sicheren und bezahlbaren Zugang zu Trinkwasser und Energie, Bildung, Gesundheitsleistungen etc. Der Expansionismus der Fluchtgründe und der der Men-

schenrechte stärken und steigern sich aneinander. Notwendiges Resultat ist die Moral eines universellen Kosmopolitismus.

Die Aufnahme von Flüchtlingen wird von einigen Autoren sogar mit einem präsumtiven Recht auf freie Niederlassung verknüpft, das das Bürgerrecht auf Freizügigkeit im jeweiligen Staatsgebiet kosmopolitisch entgrenzt. Die Logik der gesinnungsethischen Moral führt daher zu der Forderung nach offenen Grenzen, wie sie der kanadische Ethiker J. Carens («Ethics of Immigration», 2013) vertritt. Die Konsequenzen einer solchen Öffnung der Grenzen erscheinen, um das Mindeste zu sagen, überaus weitreichend für Zielländer, die sich zu einem solchen Schritt entschlossen. Die Frage lautet, ob eine politische Partei wie die Grünen von einer kosmopolitischen Gesinnungsethik als Grundposition ausgehen kann, wenn sie weiß, dass sie sich politisch nicht durchhalten lässt. Eine Vermittlung von Moral und Politik ist dann kaum noch möglich, wenn die Moral turmhoch über Politik gestellt wird. ➤



Grüne Perspektiven

Die komplexen Anforderungen des demokratischen Republikanismus

Die zum idealistischen Kosmopolitismus kontroäre Position wurde maßgeblich von Michael Walzer entwickelt («Spheres of Justice»). Sie lässt sich als «demokratischer Republikanismus» bezeichnen, der das staatsbürgerliche Recht der Mitglieder partikularer politischer Gemeinwesen einschließt, den Zugang zum jeweiligen Staatsgebiet, das Aufenthalts- und Asylrecht und die Modalitäten der Einbürgerung demokratisch und rechtsstaatlich zu regulieren. Die triadische Struktur von Staatlichkeit überhaupt, nämlich Staatsverfassung, Staatsvolk (Bürgerschaft) und Staatsgebiet, impliziert pragmatisch ein solches Bürgerrecht auf Zugangsregulation zum jeweiligen Territorium. Es handelt sich hierbei um ein Bürgerrecht auf die Verfügung über die kollektiven Güter von Staatsgebiet und Mitgliedschaft. Will die Gesinnungsethik dieses Recht prinzipiell bestreiten, so muss sie letztlich eine Verpflichtung vertreten, diese Güter mit allen Bedürftigen dieser Erde zu teilen.

Aus Sicht des demokratischen Republikanismus ist es nicht prinzipiell zu beanstanden, dass es die Inländer/innen sein werden, die über die Ausländergesetze miteinander diskutieren und politisch entscheiden, obschon die Ausländer/innen mit diesen Gesetzen nur konfrontiert werden. Jedwede Regulation wird Grundsätze über Inklusion und Exklusion sowie, im Detail, bestimmte Kriterien und Festlegungen beinhalten (Schutz der Außengrenzen, Listen «sicherer» Drittstaaten, Berechtigung zu aufenthaltsbeendenden Maßnahmen, Umgang mit medizinischen Attesten, Beurteilung von Bleibeperspektiven usw.), die von Anhänger/innen der Gesinnungsethik immer als willkürlich und daher als ungerecht gebrandmarkt werden können. Nichts ist einfacher, als komplexe Regulierungen der Willkür zu bezichtigen. Daher wird sich an den Details auch liberaler und großzügiger Einwanderungsgesetze gesinnungsethische Kritik immer aufs Neue entzünden. Die demgegenüber wesentlichere Frage ist, ob es in Ansehung aller möglicher Konsequenzen «schlimmer» ist, wenn besagtes Bürgerrecht ausgeübt oder wenn es aufgegeben wird.

Die Flüchtlingsfrage ist im demokratischen Republikanismus keine rein moralische Frage, sondern eine Frage, in der sich Recht, Politik, Moral, aber auch Kultur und Ökonomie notwendig vermitteln. Es handelt sich um eine Frage der kollektiven Sittlichkeit eines politischen Gemeinwesens. Diese Frage (lexikografisch) unter das Primat der Moral (Hilfspflichten, Menschenrechte, universelle Bedürftigkeit) zu stellen, mündet in Hypermoral.

Es ist zu erwarten, dass sich bei den Grünen zwei idealtypische Fraktionen bilden werden: gesinnungsethische Kosmopolit/innen und demokratische Republikaner/innen. Wir sollten nicht versuchen, dies zu verhindern oder zu vertuschen. Wir könnten

«
Die Flüchtlingsfrage
unter das
Primat der
Moral (Hilfs-
pflichten,
Menschen-
rechte,
universelle
Bedürftig-
keit) zu
stellen,
mündet in
Hypermoral.
»

höchstens versuchen, diese Spannung politisch zu nutzen. Aber wie?

Es ist fair zu sagen, dass sich die Gesinnungsethik leichter in der Opposition vertreten lässt. Gesinnungsethik und Regierungshandeln stehen paradox zueinander, da kaum eine regulatorische Praxis den Maßstäben des gesinnungsethischen Kosmopolitismus genügen kann. Die Partei könnte sich auf gesinnungsethischer Grundlage nur mit permanent schlechtem Gewissen an nationaler und EU-weiter Regulierung beteiligen. So wäre beispielsweise die Sicherung der EU-Außengrenze immer die moralische Schmach, die «Festung Europa» zu errichten. Wie sollen «grüne» Minister am Kabinetttisch agieren, wenn es um eine Linie im Kontext einer EU-Flüchtlingspolitik oder um Details eines Einwanderungsgesetzes geht? Gesinnungsethik ist also eine typische Oppositionsperspektive.

Ich plädiere dafür, die Flüchtlings- und Migrationsfrage zu politisieren. Dies gilt erst recht in Ansehung aller Ereignisse des Jahres 2016. Die Partei ist unabhängig von der Frage, ob sie mit oder ohne Koalitionspräferenz in den Bundestagswahlkampf ziehen möchte, aufgefordert, die Eckpunkte ihres möglichen Regierungshandelns in der Flüchtlings- und Migrationspolitik dem Wahlvolk klar und deutlich zu präsentieren.

Wir sollten uns ohne Umgehung heikler Fragen programmatisch klar positionieren: Sind Asylanträge aus EU-Ländern zulässig? Ist die Attestierung einer Posttraumatischen Belastungsstörung ein Abschiebehindernis? Wie sollen die Details des Familiennachzugs geregelt werden? Sind wir für oder gegen Residenzpflichten? Welche Position haben wir zum Türkei-Abkommen und zur Seenotrettung im Mittelmeer? Welche Staaten sollen in die Liste sicherer Drittstaaten eingetragen werden (und welche nicht)? Wollen wir das Asylrecht konsequent von einer Einwanderungsgesetzgebung trennen, oder treten wir für sogenannte Spurwechsel ein, durch die aussichtslose Asylanträge in Migrationschancen umdefiniert werden können? Welche Gründe sollten wir als echte Fluchtgründe anerkennen (und welche nicht)? Was genau verstehen wir unter Integration, wenn wir Assimilation ablehnen sollten? Wie definieren wir den Begriff eines Klimaflüchtlings?

Wir sollten also die Grünen zum Brennpunkt der gesamtgesellschaftlichen Debatte machen in der Hoffnung und in der Gefahr, dafür von den Wähler/innen belohnt oder abgestraft zu werden. Vage Formelkompromisse, konturlose Andeutungen, die Beschwörung von «Werten», Gemeinplätze und hohle Verantwortungsrhetorik sind angesichts der Lage, mit Weber gesagt, intellektuell zunehmend unerträglich. ■■

Die Zeitdiagnose war lange getragen von einem emanzipatorischen Fortschrittsoptimismus, mittlerweile dominieren Niedergangserzählungen – das muss nicht sein.

Die Zeit, in der wir leben

Von **Peter Siller**

N Zeiten des radikalen Umbruchs und der Ungewissheit wächst das Bedürfnis, besser zu begreifen, in welcher Gegenwart wir eigentlich leben. Dabei gibt es nichts Schwierigeres, als das unmittelbare Jetzt zu verstehen. Wenn Walter Benjamin Recht hat, dass der «Engel der Geschichte» mit dem Rücken zur Zukunft fliegt, dann werden die Dinge notwendigerweise erst in der Retrospektive sichtbar – und was vor uns liegt, bewegt sich eher in der Fantasie unserer Prognosen. Gegenüber dem, was «ist», was wir «sind», sind wir distanzlos – zumindest wenn es auf neuen Entwicklungen beruht. Das macht die besondere Schwierigkeit von Zeitdiagnosen aus.

Jenseits von Großtheorie und Einzelfallbetrachtung

«Zeitdiagnose» hat sich über die Jahrzehnte als eigene, meist soziologische Textgattung etabliert, die – jenseits von Großtheorie und Einzelfallanalyse – in zugespitzter Weise grundlegende Merkmale der zeitgenössischen Gesellschaft herauszuarbeiten versucht. In der Regel hebt sie dabei ein einzelnes Prinzip der gesellschaftlichen Gegenwartsordnung heraus und erhält dadurch ihre Prägnanz. Sie bezieht ihre Dringlichkeit aus ihrer Aktualität, ihrer Gegenwärtigkeit, beruht aber gleichzeitig in aller Regel auf einer Entwicklungsthese, die aus der Vergangenheit rührt und in die Zukunft weist. Zeitdiagnose ist deshalb bei Licht betrachtet in vielfacher Hinsicht mit Zeitgeschichte und Zeitprognose verwoben.

Selbstaufklärung der Gesellschaft

Zeitdiagnose ist im politischen Raum eine stark nachgefragte Ware, und das nicht nur auf Grund ihrer Zuspitzung, über die sich in der politischen Kommunikation Komplexität reduzieren lässt. Als Analyseform, die sich – unter einem bestimmten Aspekt – auf die ganze Gesellschaft bezieht, hat sie das Potential zum öffentlichen Diskurs über die fragmentierten Einzelteile hinaus und damit zur «Selbstaufklärung der Gesell-

schaft». Als verallgemeinernde und zugleich veranschaulichende Betrachtung taugt sie für gesellschaftliche und politische Orientierungsdebatten, die sich weder in großtheoretischer Abstraktion verflüchtigen noch in fachlichen Spiegelstrichen verzetteln. Sie vermag es über die Beschreibung von «Brüchen» Aufmerksamkeit und Neugierde zu wecken, weil «das Beständige keinen Neuigkeitswert hat» (Kaube). Als Aufruf zur Gegenwartsbefassung erinnert sie uns daran, die Fragen nach Vergangenheit und Zukunft auf das Hier und Jetzt zu beziehen, anstatt sich in historischem oder utopischem Eskapismus einzurichten.

Ein Sein, aus dem ein Sollen folgt

Zeitdiagnosen regen aber nicht nur zum Nachdenken über die gesellschaftlichen Verhältnisse an, sie sind in der Art ihrer Analysen eng verwoben mit normativen Orientierungen bis hin zu konkreten strategischen Absichten. Mit Zeitdiagnosen wird Politik gemacht. Es zählt zu den zentralen Rechtfertigungsfiguren der politischen Praxis, Veränderungs- oder Reformbedarfe aus der Notwendigkeit einer veränderten Welt zu begründen. «Es muss etwas anders werden, weil die Welt eine andere ist.» Zeitdiagnosen liefern Angebote solcher Ist-Beschreibungen, aus denen ein anderes Sollen abgeleitet wird.



Eine Gattung, viele Ansätze

Diese normative Grundierung kommt bereits in der Themenwahl zum Ausdruck. Sie setzt sich innerhalb der Gattung «Zeitdiagnose» in sehr unterschiedlichen Ansätzen fort. Es finden sich spekulative Ansätze, die unterschiedliche Möglichkeiten der Realität sondieren, und empirische, in denen es nur auf die Zahlen ankommt. Es finden sich deduktive Herangehensweisen, in denen die Beobachtungen sauber in eine vorgegebene These eingepasst werden, und induktive, die es nie zu einer prägnanten These schaffen. Es gibt deskriptive Ansätze, deren Handlungsvorschläge implizit bleiben, und solche, die explizit auf normative Orientierungsvorschläge oder gar konkrete Rezepte hinauslaufen. Es gibt Gegenwartsdiagnosen, die sich relativ zu Vergangenheit und Zukunft bewegen, und solche, die ihre Verve absolut aus dem Jetzt beziehen.

Geschichten vom Niedergang

Für den politischen Gebrauch besonders beliebt sind solche Diagnosen, die entweder auf einer starken These vom «Niedergang» beruhen oder aber auf einer starken These vom «Fortschritt». In einer Gesellschaft, in der «alles den Bach runtergeht», ist ein Auftritt als «Ankläger» und «Retter in der Not» einfacher zu haben. Und in einer Gesellschaft, in der «das Glück vor unseren Füßen liegt», lässt sich mit dem Rückenwind der Geschichte gut arbeiten.

Die regressiven Zeitdiagnosen vom Niedergang und Verfall haben Konjunktur. Und sie sind kein Alleinstellungsmerkmal der Rechten mehr, sie gehören bereits seit geraumer Zeit auch zum Repertoire des kulturkonservativen Teils der Linken. Im Gegensatz zum emanzipatorischen Optimismus, der die Linke lange ausgezeichnet hat, üben sich inzwischen relevante Teile linker Politik- und Wissenschaftsmilieus in der Kunst der «Niedergangserzählungen». Adorno und Foucault stehen dafür (nicht immer zu Recht) Pate. Regressive Zeitdiagnosen sichern nicht nur den Publikumsseffekt zustimmender «Empörung», sie rücken auch den Diagnostiker selbst in die bequeme Position der «leuchtenden Instanz» in «dunklen Zeiten». Statt kritischer Zuwendung wird so oftmals die fundamentale Abkehr von der realen Politik hin zum Sehnsuchtsort des «eigentlich Politischen» gerechtfertigt.

Diagnose «Diagnosegesellschaft»

Zeitdiagnose boomt paradoxerweise dann, wenn die Umstände eher geordnet und übersichtlich sind und ihre Dringlichkeit deshalb vielleicht nicht ganz so groß ist. In den 70er, 80er und auch noch 90er Jahren gab es unzählige «Gesellschaftsdiagnosen», die es in kurzer Zeit ins Repertoire politischer Zeitgeist-Begriffe schafften: die «Medien-» (Münch), «Informations-» (Castells), die «Risiko-» (Beck), «Erlebnis-» (Schulze), «Verantwortungs-» (Etzioni), «Multioptions-» (Gross), «Konsum-» (Debord) bis zur «postindustriellen Gesellschaft» (Bell). Ob der Vielzahl der Selbstbeschreibungen stellte Fran Osrecki der Gegenwart pointiert die Diagnose einer «Diagnosegesellschaft».

«
In einer Gesellschaft,
in der «alles den Bach
runtergeht», ist ein
Auftritt als «Ankläger»
und «Retter in der Not»
einfacher zu haben.
»

Ein Aufruf zu neuer Zeitdiagnose

Und jetzt, wo plötzlich vieles unklar und die Welt zu taumeln scheint? Es fällt auf, wie schwer sich Zeitdiagnose gerade tut. Die progressiven Zeitdiagnosen schweigen. Die etablierten regressiven Zeitdiagnosen fahren bestärkt und routiniert fort – und der Applaus der Identitären, Antimodernisten und Demokratieverächter zeigt unmittelbar, wie wenig sie zu einem linksliberalen Verstehen der Zeit beitragen können, in der wir leben.

Es mag diese «neueste Unübersichtlichkeit» sein, die die Zeitdiagnose dazu bringt, sich derzeit weniger auf die äußeren, strukturellen Verhältnisse zu beziehen, sondern eher auf die subjektiven

Gefühlslagen der Gesellschaft. Es sind die «Angst der Gesellschaft» (Bude), die gerade im Zentrum der Diagnosen steht – und ihr Gegenteil, das «Glück», etwa als «Bruttosozialglück» (Jensen, Pinzler). Dabei diagnostiziert Zeitdiagnose nicht unbedingt nur die gesellschaftlichen Emotionen, sondern sie erzeugt und bestärkt sie selbst, indem sie sie verallgemeinernd in den Mittelpunkt rückt. Nicht erst im Zuge der digitalen Zerfaserung der Öffentlichkeit in einzelne «Echoräume» erzeugt die «Stimmung der Gesellschaft» (Bude) selbst gesellschaftliche Strukturen – und ist nicht nur Reaktion auf strukturelle Veränderungen.

Wir sollten «Zeitdiagnose» deshalb als Aufruf begreifen, nach einem problematischen Trend der Subjektivierung des Politischen im Sinne von «Empörung» und «Haltung», wieder nach Beschreibungen des gesellschaftlichen Strukturwandels zu suchen.

Auf der Höhe

Die Grüne Akademie der Heinrich-Böll-Stiftung bietet bereits seit 2013 eine erfolgreiche Reihe mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen an, in denen Intellektuelle zu gesellschafts- und kulturdiagnostischen Stichworten unserer Zeit befragt werden. Bislang von A wie «Authentizität» (Diedrich Diederichsen) bis P wie «Patchwork» (Elisabeth Beck-Gernsheim). Ziel ist es, jenseits des etablierten Vokabulars nach neuen Perspektiven auf die Gegenwart zu stoßen. Das Emblem der Veranstaltungsreihe ist übrigens ein «Hochsitz». Auf die Höhe gehen, Abstand gewinnen: Nur so ist Zeitdiagnose möglich. Zeitdiagnose braucht die Gesamtschau und Verknüpfung unterschiedlicher, selektiver Ansätze, anstatt einzelne Perspektiven zu verabsolutieren. Und sie muss sich als Einladung zu Diskurs und Auseinandersetzung begreifen, nicht zu Monolog und «Gefolgschaft». Sie sind herzlich eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Peter Siller ist Leiter der Inlandsabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung.

Themenschwerpunkt «Demokratie» in der Heinrich-Böll-Stiftung

Gut vertreten? – ein Projekt der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen

Unter dem Titel «Gut vertreten? Update für Demokratie!» organisiert die Bundesstiftung der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit allen Landesstiftungen seit drei Jahren Analysen, Handlungsvorschläge und Debatten zur Zukunft unserer Demokratie. Drei Fragen stehen dabei im Vordergrund: (1) Wie können wir Bürgerinnen und Bürger stärker in politische Entscheidungen einbeziehen? (2) Wie kann es den Parteien gelingen, neues Vertrauen zu gewinnen? (3) Wie können wir gewährleisten, dass sich alle gesellschaftlichen Schichten in der repräsentativen Demokratie wiederfinden?

Die Demokratie ist das Gehäuse der Freiheit. Sie zu verteidigen, heißt die Liberalität unserer Gesellschaft zu verteidigen. Die offene Gesellschaft bietet Raum für eine Vielzahl von Überzeugungen und Lebensformen. Sie fordert gleiche Rechte und Chancen für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Religion und ihrem sozialen Status. Erst in dieser Vielfalt kommt Demokratie zum Tragen. Der Ruf nach ethnischer und kultureller Homogenität ist eine Kampfansage an unsere Demokratie. Gleichzeitig müssen wir aufzeigen, wie das Bedürfnis nach Sicherheit und Zugehörigkeit in einer Zeit rapider Veränderungen aufgefangen werden kann.

Demokratie braucht eine Wiederbelebung des öffentlichen Raums, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihren unterschiedlichen Auffassungen begegnen können. Das soziale Auseinanderfallen unserer Städte untergräbt die

republikanische Öffentlichkeit. Gleiches gilt für das Auseinanderfallen des Internets in «digitale Echoräume», in denen man sich nur noch mit Gleichgesinnten in der eigenen Meinung bestärkt. Deshalb ist jede Investition in öffentliche Räume und Infrastrukturen auch eine Investition in unsere Demokratie.

Die Heinrich-Böll-Stiftung bietet im Oktober fünf «Demokratie-Dialoge» an. Wir laden Sie herzlich ein, sich daran zu beteiligen. Die Programme finden Sie unter www.gutvertreten.boell.de

Demokratie-Dialoge

Köln: 1. Oktober 2016

Stuttgart: 8. Oktober 2016

Hamburg: 8. Oktober 2016

Potsdam: 13. Oktober 2016

Dresden: 26. Oktober 2016

Webdossiers

gut vertreten

In der Mediathek finden Sie alle Beiträge aus den verschiedenen Themengebieten des Projekts zum Lesen, Ansehen und Nachhören. Alle Publikationen stehen als PDF und ePub zur Verfügung. gutvertreten.boell.de

Rassismus und Rechtspopulismus

Mit Beiträgen zu Rassismus und Rechtspopulismus in Deutschland sowie den Forschungsergebnissen unserer Fachkommission www.boell.de/de/rassismus-und-rechtspopulismus

Publikationen

Die enthemmte Mitte – Autoritäre und rechts-extreme Einstellung in Deutschland

Von Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler. Hrsg. in Koop. mit der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Otto Brenner Stiftung im Psychosozial Verlag Leipzig 2016, 249 Seiten

Ideologien der Ungleichwertigkeit

Hrsg. in Zusammenarbeit mit Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen Berlin 2016, 240 Seiten

Frankreich und Deutschland Bilder über den Nachbarn in Zeiten der Krise

Hrsg. in Zusammenarbeit mit der DGAP Berlin 2016, 152 Seiten

Europa und die neue Weltordnung Analysen und Positionen zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitik

Berlin 2016, 176 Seiten

Für Demokratie – Vom Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in der Welt

Mit vier Essays von Renate Wilke-Launer, Barbara Unmüßig, Oliver Stuenkel und Ralf Fücks Berlin 2016, 120 Seiten

Macht Grün den Unterschied? Demokratiereformen in den Bundesländern

Berlin 2015, 188 Seiten

Download und Bestellung: www.boell.de/publikationen

Diese Ausgabe von Böll.Thema enthält die Beilage «Update für Demokratie».

Zuletzt erschienen

Download unter www.boell.de/thema



1/16
Die Würde des Menschen



3/15
Die Wende ist machbar



2/15
Sehnsucht nach Zeit

Böll.Thema 2/16

Die große Verunsicherung

«Wenn wir die offene Gesellschaft verteidigen wollen, reicht es nicht aus, die Werte von Freiheit und Demokratie zu beschwören. Die entscheidende Herausforderung lautet, den rasanten Wandel, den die globale Moderne mit sich bringt, mit dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Sicherheit in Einklang zu bringen. Das erfordert zum einen den Ausbau der «Global Governance», also der Krisenprävention und des Krisenmanagements auf supranationaler Ebene. Zum anderen geht es um Strategien, die den sozialen Zusammenhalt stärken und den Einzelnen befähigen, souverän mit dem permanenten Wandel umzugehen.»

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit

den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit derzeit 31 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschafts-politisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

www.boell.de